



29. Sitzung

Mittwoch, den 26.04.2017

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Landesgesetz zur Regelung der im Zusammenhang mit der Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH stehenden Angelegenheiten und der Erstattung von Kosten aus nichtwirtschaftlicher Tätigkeit an Flughäfen in Rheinland-Pfalz

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache [17/2512](#) –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache [17/2751](#) –

Abg. Alexander Licht, CDU: 1596, 1602
. 1617

Abg. Bettina Brück, SPD: 1596
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: 1599, 1603
. 1616, 1617
. 1618
Abg. Uwe Junge, AfD: 1604
Abg. Thomas Roth, FDP: 1606, 1608
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1609
Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport: 1611
Abg. Julia Klöckner, CDU: 1615
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: 1618
Abg. Monika Becker, FDP: 1619
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 1621

Jeweils mehrheitliche Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/2751 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung. 1623

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Anke Beilstein, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Adolf Kessel, CDU; Philipp Fernis, Staatssekretär, Dr. Thomas Griese, Staatssekretär, Günter Kern, Staatssekretär, David Langner, Staatssekretär, Dr. Christiane Rohleder, Staatssekretärin.

**29. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 26.04.2017**

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 17/2751 –

Beginn der Sitzung: 10:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 29. Plenarsitzung begrüßen.

Schrittführende Abgeordnete werden Frau Jaqueline Rauschkolb und Frau Marion Schneid sein. Frau Rauschkolb wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt fehlen heute die Kollegin Frau Beilstein und die Kollegen Gies und Kessel. Seitens der Landesregierung fehlt Herr Staatsministerin Mertin entschuldigt.

(Staatsminister Herbert Mertin: Ab 12:00
Uhr!)

– Oh! Laut Aktenlage sind Sie entschuldigt, aber wir sind sehr froh, dass Sie heute hier anwesend sind.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das kommt
bei Ihnen öfter vor, Herr Präsident!)

Wir dürfen erstmals im rheinland-pfälzischen Landtag als Nachrückerin der Abgeordneten Lemke die Abgeordnete Frau Katharina Binz begrüßen. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag, auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall im Hause)

Am 25. März hatte der Kollege Weiner seinen 60. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch seitens des gesamten Hauses!

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine Landtagssitzung, zu der der Präsident eingeladen hat. Gemäß § 21 Abs. 4 unserer Vorläufigen Geschäftsordnung ist es erforderlich, diese Sitzung und auch die Tagesordnung zu genehmigen. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist das einstimmig so genehmigt. Vielen Dank.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Regelung der im Zusammenhang
mit der Veräußerung des Geschäftsanteils des
Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen
Frankfurt-Hahn GmbH stehenden Angelegenheiten
und der Erstattung von Kosten aus
nichtwirtschaftlicher Tätigkeit an Flughäfen in
Rheinland-Pfalz**

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/2512 –
Zweite Beratung

dazu:

Die Fraktionen haben sich im Vorfeld auf eine Grundredezeit von 20 Minuten mit den entsprechenden Zuschlägen für die Oppositionsfraktionen verständigt.

Zunächst darf ich die Abgeordnete Bettina Brück um Berichterstattung bitten.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 24. März 2017 ist der Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend –, den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Innenausschuss, der Haushalts- und Finanzausschuss und der Rechtsausschuss haben den Gesetzentwurf in jeweils gemeinsamen Sitzungen am 24. März 2017 und am 5. April 2017 beraten. Der federführende Innenausschuss hat zudem am 29. März 2017 ein Anhörungsverfahren unter Beiladung des Haushalts- und Finanzausschusses sowie des Rechtsausschusses durchgeführt. Der Beschlussvorschlag lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Damit beginnen wir mit der Debatte, und ich darf dem Abgeordneten Licht das Wort erteilen.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Vor knapp vier Wochen – so wie die Berichterstatterin eben auch ausgeführt hat – wurde das „Landesgesetz zur Regelung der im Zusammenhang mit der Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH stehenden Angelegenheiten und der Erstattung von Kosten aus nichtwirtschaftlicher Tätigkeit an Flughäfen in Rheinland-Pfalz“ in einem zweiten Verkaufsanlauf ins Plenum eingebracht.

Meine Damen und Herren, zu Beginn möchte ich zwei Feststellungen machen:

Erste Feststellung: Mit diesem Gesetz soll die Geschichte eines erneuten Scheiterns in einem Großprojekt durch ausschließlich SPD-Minister, Staatssekretäre und Geschäftsführer ihr vorläufiges Ende finden.

Zweite Feststellung: Seit Montag, seit der Vorstellung des Rechnungshofberichts zum Scheitern des ersten Verkaufsversuchs des Flughafens an offensichtliche Betrüger, kann die heutige Debatte nicht ohne Einfluss des Berichts geführt werden.

(Beifall der CDU und des Abg. Heribert
Friedmann, AfD)

Meine Damen und Herren, die Anhörung zum Gesetzentwurf machte einmal mehr deutlich, dass wir wegen feh-

lender oder geschwärtzter Daten nicht in der Lage sind – bis heute nicht –, den Geschäftsplan des Käufers zu bewerten. Bei der Ertragsplanung sind die Jahre 2018 bis 2023 in den Dokumenten komplett geschwärtzt. Hierdurch sind wesentliche Parameter nicht erkennbar, etwa die Umsatzentwicklung nach Hauptsegmenten, das Passagieraufkommen, das Frachtaufkommen, der Cashflow, die EBITA-Entwicklung, die Beschäftigungszahlen, die Arbeitsplätze sowie Kostenentwicklung in Abhängigkeit von Umsatz und Gesamtleistung. Eine Vermögens- und Finanzplanung fehlt vollständig.

Meine Damen und Herren, wie sind die konkreten Planungen des Käufers? Wie will er sich strategisch am Markt ausrichten? Wie sind seine Finanzierungspläne, seine Investitions- und Personalvorhaben? Wie wird sich das Eigenkapital durch Verluste in den kommenden Jahren verändern? Warum hat die Landesregierung eine Patronatserklärung des Konzerns für die Käufergesellschaft gegenüber dem Käufer nicht einmal angesprochen? Wer sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft des Flughafens macht, den müssten alle diese Fragen interessieren.

(Beifall der CDU)

Dass diese Fragen des Datenraums keinen von den regierungstragenden Parteien genannten Experten zur Anhörung interessierten, hat nur einen Grund: Nach dem kontinuierlichen Niedergang unter der Führung der Landesregierung wird jeder Private – egal wie – als die bessere Alternative gesehen.

Meine Damen und Herren, nur „egal wie“ ist keine Option einer Zustimmung für ein Gesetz!

(Beifall der CDU und des Abg. Jens Ahnemüller, AfD)

Wichtige Grundlagen des Gesetzes bleiben bis zum heutigen Tag ohne Antwort, ohne Transparenz!

Meine Damen und Herren, die Fehler, die Versäumnisse, das Auslassen jedweder Sorgfaltspflicht im ersten, gescheiterten Verkaufsverfahren wurde auf Initiative der CDU – ich will das noch einmal deutlich machen, wir haben damals schon einen Untersuchungsausschuss überlegt oder wie wir damit umgehen –, der sich dann alle Parteien anschlossen, durch den Landesrechnungshof untersucht und am Montag dieser Woche als Bericht dem Parlament, der Öffentlichkeit, vorgestellt.

Meine Damen und Herren, ein solcher Bericht führt in jedem Betrieb, in jedem Konzern fast automatisch zu Entlassungen. Ich befürchte, das werden im Verkaufsprozess nur Mitarbeiter am Flughafen im Hunsrück sein.

(Beifall der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, das ist
das Schlimme!)

Warum kann ich an dem Bericht des Landesrechnungshofs nicht vorbeigehen, wenn es doch eigentlich nur um den Verkauf der rheinland-pfälzischen Anteile in Höhe von 82,5 % am Flughafen Hahn an eine Enkel-GmbH – nicht einmal Tochter, sondern Enkel-GmbH – des chinesischen Großkonzerns HNA geht?

Nun, legt man den Bericht des gescheiterten Verkaufs an die chinesische SYT über das Verfahren des zweiten Anlaufs eines Verkaufsverfahrens, so ergeben sich leider wieder Parallelen, Deckungsgleichheiten der Intransparenz, oder bisher nicht aufgeklärte bzw. von der Regierung stets bestrittene Sachverhalte, wie das in dem Bericht des Rechnungshofs jetzt für uns auch in der Deutlichkeit ausführlich erst einmal dargestellt wird.

Ja, meine Damen und Herren – das will ich auch deutlich machen –, wir, die CDU-Fraktion, hatten gerade im zweiten Verfahren im Oktober/November letzten Jahres einen Weg eingeschlagen, der einen Verkauf an einen Privaten nicht unnötig blockieren sollte. Wir haben uns entschlossen, darauf zu achten, dass es nicht einen einzigen Tag des Blockierens im Verfahren durch die CDU geben wird.

Meine Damen und Herren, dass wir heute erst in der zweiten Lesung sind, ist nicht unser Verschulden.

(Beifall der CDU)

Unser Abstimmungsverhalten aber haben wir sehr früh an Bedingungen geknüpft. Ich wiederhole aus meiner Rede zur Einbringung des Gesetzes: Schon am 14. November, nicht erst im Februar oder Anfang März, sondern schon am 14. November – deswegen wiederhole ich das noch einmal aus meiner letzten Rede – letzten Jahres haben wir, die CDU-Fraktion, in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten um Unterlagen gebeten. Ich zitiere aus dem Text:

„Für den Fall,“ – das war ja abzusehen – „dass die Landesregierung erwägt, das Parlament erneut über ein Gesetzgebungsverfahren in den Verkauf einzubinden, bitten wir bereits jetzt darum, dem Landtag für seine Beratungen zeitnah folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen:“

Es ging uns um die namentliche Aufstellung der Bieter. Es ging uns um die Businesspläne aller Bieter. Es ging uns um aussagekräftige Unterlagen zu den Geboten, die die Bieter abgegeben haben. Es ging uns um das Ergebnis gegebenenfalls erfolgter Due-Diligence-Überprüfungen sowie das Ergebnis der bisherigen Abstimmung mit der EU-Kommission.

Wir haben unsere Forderung dann mündlich – um auch das wiederum im Verfahren deutlich zu machen – auf die drei verbliebenen Bieter beschränkt. Bis heute ist keine dieser Bedingungen für eine Zustimmung erfüllt, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Ich möchte zwei weitere wichtige Punkte anführen:

Erstens. Wenn von einer Opposition das Vertrauen in eine Entscheidung der Regierung erwartet wird, dann muss die Regierung für Transparenz der Entscheidung, für Transparenz der Entscheidungswege sorgen.

(Beifall der CDU)

Ich betone noch einmal, wir reden über kein Geheimgesetz. Gesetze sind öffentlich, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU und der AfD)

Öffentlich heißt: weder geschwärzt, nicht in Englisch, alle Unterlagen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Mit Anlagen!)

mit Anhang, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Zweitens. Wenn die Regierung im Verkauf nur ca. 10 Millionen Euro erlöst und gleichzeitig ca. 12 Millionen Euro an Berater verausgabt und dem Steuerzahler weitere bis zu 100 Millionen Euro an Leistungen an den Käufer abverlangt, dann will das Parlament eigene Kontrollmöglichkeiten im Verfahren gewährleistet wissen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Und das hat die Landesregierung bis zum heutigen Tag verweigert. Wie soll ich ohne Eigenkontrolle einer Regierung Glauben schenken, wenn ich folgende Hinweise des seit zwei Tagen vorliegenden Berichts des Landesrechnungshofs analytisch betrachte? Ich zitiere aus dem Bericht:

„Es ist nicht erkennbar, dass das Land weitere beihilferechtlich zulässige Handlungsoptionen wie die Notifizierung des Privatisierungsvorhabens als Beihilfe, die Fortführung des Flughafens in Eigenregie oder eine etwaige Liquidation einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen und ernsthaft in Betracht gezogen hätte. Entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnungen wären haushaltsrechtlich geboten gewesen.“ So der Rechnungshof.

Weitere zusätzliche Handlungsoptionen wurden im Parlament immer als ausgeschlossen dargestellt.

An anderer Stelle heißt es – ich zitiere wieder aus dem Bericht –: „Zugleich wird hier deutlich, dass der Höchstpreis keineswegs zwingend und stets mit dem – letztlich allein entscheidenden – Marktpreis identisch ist.“ Was haben wir gerade darüber gestritten!

(Beifall der CDU)

Ich zitiere weiter. Dann wird unser Streit noch einmal deutlich, den wir durchaus sachlich geführt haben. Da ging es nicht darum, in den Krümeln zu suchen oder Haare in der Suppe zu finden, wie es einmal gesagt wurde. Nein, es ging darum, einen guten und besseren Weg zu finden. Ich zitiere: „Dies geht so weit, dass es – wie es die Fallberater der Generaldirektion (GD) Wettbewerb gegenüber dem Land erläuterten – Gründe geben kann, einen Bieter, der lediglich einen symbolischen Euro zu zahlen bereit ist, gegenüber anderen auch deutlich höher Bietenden vorzuziehen. Sogar ein negativer Kaufpreis ist dann denkbar, wenn der staatliche Verkäufer überzeugend zu begründen vermag, dass der damit einhergehende Verlust wirtschaftlicher ist, als gar kein Verkauf und eine Liquidation.“ Was haben wir darüber gestritten, meine Damen und Herren.

Eine Argumentation unsererseits in diese Richtung wurde von der Regierung immer vehement mit dem Hinweis auf die EU bestritten. Sie wurde jetzt vom Landesrechnungshof bestätigt.

hof bestätigt.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, die Regierung hat den Verkauf der rheinland-pfälzischen Anteile von 82,5 % an die neu gegründete HNA Airport Group GmbH schon unterzeichnet, eine Tochter wiederum der Hainan Air Travel Service Co. Ltd., mit Sitz in Haikou und einem Stammkapital von 500.000 Euro. Diese ist wiederum Teil, also Tochter des HNA Konzerns.

Die Regierung schließt also erneut einen Vertrag, präsentiert einen Bieter, legt den Vertrag wieder ohne Anlagen vor. Diese müssen wir dann wieder einfordern. Dann fehlen die Businesspläne. Diese werden dann auf Aufforderung dem Parlament geschwärzt geliefert.

Führt man sich vor Augen, dass der EU zur Zustimmung zur Beihilfe ein vollständiger Unternehmensplan vorgelegt wird, dieser aber zur Zustimmung des Landtages mit einem Beihilfevolumen von bis zu 74,9 Millionen Euro zuzüglich der 25 Millionen Euro Haftung für Umweltschäden vorenthalten wird, ist das geradezu grotesk, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Derjenige, der keinen Euro in das Unternehmen steckt, erhält vollständige und ausreichende Informationen, und derjenige, der bis zu 74,9 Millionen Euro an Beihilfe leisten soll, dem sollen diese Informationen nicht zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, vielleicht ist die HNA die beste Option. Für die Region würde ich es mir wünschen und erhoffen. Aber die Möglichkeit, das zu überprüfen, geschweige denn jedwede Alternativen im Verkaufsprozess wurden dem Parlament vorenthalten, meine Damen und Herren.

Ich selbst habe mich schon sehr früh positiv in einer Einschätzung eines möglichen Bieters HNA geäußert. Das ist dokumentiert und nachzulesen. Nur: Die HNA ist erst zum Bieter nach dem Zuschlag an die ADC geworden, und das bietet eine offene Flanke für Klagen.

(Beifall der CDU)

Der Bieter war erst die ADC Deidesheim – mittlerweile wissen wir das – mit zweifelhaften chinesischen Gesellschaftern, wie sich aus den vertraulichen Unterlagen herausgestellt hat. Sie hatte auch die geforderte Kautions hinterlegt. An diese oder einen gänzlich neuen Gesellschafter will Hessen seine Anteile nach wie vor nicht verkaufen. Frage: Warum, meine Damen und Herren?

(Beifall der CDU)

Einer ADC Deidesheim, die nichts mit Deidesheim außer einem Briefkasten teilt, hätte ich schon keine Grundstücke am Hahn verkauft, meine Damen und Herren.

Aber genau das haben Sie im Sommer 2016 getan. Herr Staatssekretär Stich war noch im Flugzeug auf dem Rück-

weg aus China, da saß Herr Barbaro schon mit Herrn Englert am Verhandlungstisch.

Dieser Notverkauf durch Staatssekretär Barbaro im Sommer 2016 wird noch Probleme bringen; denn hier finden Sie schon eine bedeutende Parallele zu den Vorwürfen des Rechnungshofes. Auch hier wurden die Geschäftspartner ohne die erforderliche Sorgfalt geprüft.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Dann lesen wir im Rechnungshofbericht, dass Minister Lewentz dem Kabinett offenbar eine Entscheidungsvorlage auf den Tisch gelegt hatte, die nicht den tatsächlichen Sachverhalt abbildete. So sagt es der Landesrechnungshof.

Aber wie soll ich einer Regierung blind vertrauen, die sich selbst hintergeht und sich selbst in einer Kabinettsvorlage – jetzt wird es bei mir problematisch, weil „Lüge“ kein parlamentarischer Ausdruck ist; in der Öffentlichkeit würde ich das so sagen, hier darf ich nur „Unwahrheit“ sagen, aber in der Öffentlichkeit weiß man, was damit gemeint ist – die Unwahrheit präsentiert? Der Rechnungshof umschreibt dieses Wort „Unwahrheit“ noch höflicher. Ich zitiere:

„Das Innenministerium stellte in seiner Vorlage an den Ministerrat vom 18. Mai 2016 die Sach- und Rechtslage im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile nicht aktuell, vollständig und differenziert dar. Die Vorlage erweckte den unzutreffenden Eindruck, der Businessplan sei geprüft, er beruhe auf nachvollziehbaren Unternehmenskonzepten, bei SYT handele es sich um einen seriösen Geschäftspartner und der Verkauf sei nach den Vorgaben der EU-Kommission nur an SYT als Höchstbietenden möglich.“

Meine Damen und Herren, wie sollen wir ein Gesetz beschließen, dessen wesentliche Grundlagen im Dunkeln liegen oder gar vollständig geschwärzt sind? Sind die uns bekannten Vorlagen auch unvollständig und unzutreffend, meine Damen und Herren?

(Beifall der CDU)

Wie sollen wir diesem Gesetz zustimmen, wenn der druckfrische Rechnungshofbericht Verhaltensweisen und Entscheidungsmuster kritisiert, die die Regierung im zweiten Verkaufsverfahren eben nicht abgestellt hat?

(Beifall der CDU)

Es tut mir leid, einem solchen Gesetz kann die CDU-Fraktion mit diesen Voraussetzungen nicht zustimmen.

(Anhaltend starker Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Schweitzer das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr

Kollege Licht, ich möchte gern auf Ihre Rede eingehen, insbesondere auf die inhaltliche Verflechtung zwischen dem Rechnungshofbericht, den wir in dieser Woche zur Kenntnis genommen haben, und der heutigen Befassung in zweiter Lesung mit dem Hahn-Veräußerungsgesetz.

Lassen Sie mich deshalb in aller Klarheit sagen: Niemand, der hier ernst genommen werden möchte, insbesondere hier im Land, kann nach dem vergangenen Sommer und nach der Lektüre dieses Berichts unseres Rechnungshofs bestreiten, dass im ersten, im gescheiterten und gestoppten Verkaufsverfahren, Fehler gemacht wurden.

Innenminister Lewentz hat es von diesem Pult aus deutlich gemacht. Er hat es auch in allen Verfahren und allen Sitzungen der beteiligten Ausschüsse immer wieder klar und deutlich gemacht.

Ich habe das von diesem Pult aus für die Koalitionsfraktionen in aller Deutlichkeit ausgesprochen. Darum war es klar und selbstverständlich – für meine Fraktion, ich denke aber, auch für die Partner der Ampelkoalition –, dass wir den Wunsch unterstützen, auch durch unsere Abstimmung im Landtag, den Rechnungshof zu bitten, diese Vorgänge genau zu prüfen. Das ist so gewesen.

Dieser Bericht liegt nun vor. Wir haben gestern gemeinsam in einer Sitzung des Ältestenrates – das ist kein Geheimnis, darum möchte ich das hier auch in aller Transparenz sagen – beschlossen, dass wir uns in einer weiteren Sitzung des Landtags in der kommenden Woche ausführlich mit diesem Bericht beschäftigen wollen.

Nachdem Sie auf die Punkte eingehen, möchte ich auch schon heute sagen: Natürlich ist dieser Bericht in seiner Deutlichkeit etwas, das man nicht gern zur Kenntnis nimmt, wenn man auch schon im letzten Sommer darauf gehofft und gesetzt hat, dass das erste Verkaufsverfahren erfolgreich sein wird.

Dennoch ist es eine Zusammenfassung und eine sehr prononcierte Darstellung auch vieler Erkenntnisse und Fehleranalysen, die wir schon im letzten Sommer miteinander diskutiert haben.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber nicht zugegeben haben!)

Das wollen wir in der nächsten Woche ausführlich diskutieren. Sie werden sicherlich Ihre Vorschläge zum Umgang mit dem Rechnungshofbericht formulieren.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Wir sind sehr gespannt auf die Konsequenzen!)

Ich bin darauf gespannt. Meine Damen und Herren, heute sind wir aber zu einem anderen Tagesordnungspunkt versammelt. Die Dinge hängen miteinander zusammen, das ist völlig klar, das möchte ich überhaupt nicht abstreiten. Aber heute sind wir in der zweiten Lesung eines Gesetzes, was sich natürlich aus den Fehlern des Sommers ergibt, aber was sich noch sehr viel ursprünglicher aus der Tatsache ergibt, das eine SPD-geführte Landesregierung, die die Ampelkoalition führt, die davor die rot-grüne Koalition geführt hat, sich immer dazu bekannt hat, das Ihre dazu beizutragen, dass es unter den Obliegenheiten der

EU-Regulierung eine Zukunft für den Flughafen Hahn und auch eine Zukunft für die Beschäftigten gibt. Meine Damen und Herren, genau das wollen wir mit der Diskussion und dem Beschluss über dieses Gesetz einleiten.

Lieber Herr Licht, nachdem Sie sich erklärt haben, möchte ich auch deutlich machen – das wird Sie nicht überraschen –, meine Fraktion, die SPD-Fraktion, wird diesem Gesetz heute in der zweiten Lesung zustimmen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich haben wir uns als Fraktion und als Parlament, weil wir die Verantwortung in der Beteiligung, dem Beschluss, der Diskussion und Analyse eines Gesetzes haben, eingehend mit dem Gesetz beschäftigt. Es ist zumindest nicht ganz zulässig – Sie haben versucht, sich in höflichen Vokabeln zu ergehen, ich versuche nun, es auch höflich zu formulieren –, zu sagen, dass es gar keinen Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Verfahren gegeben hat und keinen Unterschied in der Transparenz und der Beteiligung der Abgeordneten zwischen dem ersten und dem zweiten Verfahren.

Natürlich hat es diese gegeben. Natürlich haben wir in den letzten zwölf Monaten im Plenum und darüber hinaus in den Ausschüssen über kaum etwas mehr diskutiert als über dieses Gesetz. Jeder, der heute noch Fragen hat, muss mit beantworten, ob er diese Fragen nicht auch rechtzeitig im Verfahren gestellt hat.

Lieber Herr Licht, dann ist es immer noch möglich, dass man mit den Auskünften nicht einverstanden ist. Aber man kann nicht denen, die in der Ausschusshörung eingeladen wurden, vorwerfen, dass sie Fragen nicht beantwortet haben, die man vielleicht gar nicht gestellt hat, lieber Herr Licht. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit, lieber Herr Kollege.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Herr Stich hat
geschwärzte Unterlagen vorgelegt!)

Wir haben eine umfangreiche Anhörung durchgeführt. Wir haben sie gewissenhaft ausgewertet. Ich sage das übrigens allen Beteiligten im Parlament.

Wir haben heute die Aufgabe, über den Flughafen Hahn und seine zukünftige Entwicklung zu sprechen. Wir haben eine Verantwortung, eine der wesentlichen Bedingungen, womöglich der letzten, zum erfolgreichen Verkauf zu erfüllen.

Was ist denn bisher schon geschehen? Der Vertrag mit der chinesischen HNA Airport Group ist unterzeichnet. Der Kaufpreis liegt sicher auf einem Anderkonto. Das ist keine banale und unwesentliche Vorbedingung.

Die entsprechenden Rückmeldungen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Kartellbehörden – der Innenminister hat es ausgeführt – liegen mittlerweile vor. Die Abstimmungen mit der EU-Kommission sind auf der Zielgeraden. Laut Innenministerium gibt es positive Signale.

Herr Licht, ich glaube, wir sind uns einig, was die gemeinsame Wahrnehmung der Bedeutung dieses Flughafens angeht. Dieser Flughafen hat ein großes Potenzial, und er hat eine große Bedeutung für die Menschen in der Region. Auch die Anhörung hat es deutlich gemacht. Es waren Vertreter der Region da. Es war ein Bürgermeister da. Es waren weitere Kommunalpolitiker da. Sie haben deutlich gemacht, egal, was ihr im Landtag beschließt, vergesst nicht, dass wir darauf setzen, dass wir mit einem starken, potenten, seriösen und professionellen Partner in die Zukunft gehen können. – Auch diese Verantwortung haben wir heute, lieber Herr Licht. Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch einmal sagen, der Flughafen verfügt über Stärken, die naturgemäß in der Debatte in den Hintergrund gerückt sind, die aber selbstverständlich einen privaten Bieter wie HNA überzeugt haben. Es ist doch nicht so, dass sie sagen, wir wollen irgendeiner politischen Kraft oder der Landesregierung in Rheinland-Pfalz einen Gefallen tun.

Wir haben gesehen, die bekommen das mit dem ersten Verkaufsverfahren nicht hin, jetzt machen wir denen ein schönes Angebot. Dann zu glauben, dass sie kommen und sagen, wir haben überhaupt nicht vor, damit Geld zu verdienen, sondern wir sind altruistisch unterwegs, wir sind sozusagen die chinesische Caritas und bereit, überhaupt kein Geld damit zu verdienen, meine Damen und Herren, lieber Herr Licht, das ist doch auch nicht zulässig.

Natürlich kommen die dorthin, um mit diesem Flughafen wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Wer die Potenziale – ich spreche von der 24-Stunden-Genehmigung, der Start- und Landebahn in ihrer guten Ausstattung – und wer darüber hinaus die Verkehrsanbindung sieht, der sieht auch, was der chinesische Bieter an diesem Flughafen sieht. Gleichwohl haben wir es da nicht mit blauäugigen Menschen zu tun. Herr Goetzmann, den wir als Vertreter der HNA eingeladen haben, hat in diesem Raum deutlich gesagt, der Flughafen ist noch nicht gut aufgestellt, er hat einen monatlichen Verlust von durchschnittlich 1,5 Millionen Euro.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wer war
denn bisher verantwortlich dafür?)

Der Käufer investiert zunächst einmal 15,1 Millionen Euro in ein Unternehmen – ich zitiere Herrn Goetzmann aus der Anhörung –, das von erheblichen Problemen gekennzeichnet ist. Er führt weiter aus, es gibt einen Investitionsrückstau von 70 Millionen Euro, und man hat die klare Absicht – auch das ist hier deutlich gemacht worden –, rund 75 Millionen Euro selbst einzubringen. Hinzu kämen zusätzlich die Verluste, die man in den nächsten Jahren zur Kenntnis nehmen wird, auch als neue private Bieter.

Den regionalen Vertretern in der Anhörung war diese Ehrlichkeit der HNA nicht unangenehm. Es hat sie nicht überrascht. Im Gegenteil. Sie waren fast dankbar dafür, dass auch die Seriosität des Anbieters dadurch gekennzeichnet wird, dass er nicht gesagt hat, im Wolkenkuckucksheim stellen wir uns das ganz einfach vor, sondern dass sie gesagt haben, sie werden am Flughafen Hahn auch noch

durch eine schwere Phase gehen, aber sie versprechen sich etwas davon. Ich denke, das sollte man ernst nehmen und nicht einfach vom Tisch wischen.

Es ging und es geht den Beteiligten in der Ampelregierung immer um die Beschäftigten und damit auch um die Unternehmen, um die wirtschaftliche Kraft und damit auch um die soziale Möglichkeit, die dieser Flughafen ausstrahlt.

Hier noch einmal zu den Investitionen. Ich habe es heute gehört, ich habe es in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder gehört, dass man sozusagen noch etwas dazugäbe, damit man einen Kaufpreis bekommt. Ich möchte mich dieser Diskussion gern stellen und Sie fragen, wo denn Ihre Alternative dazu ist, dass wir als Land mit den öffentlichen Möglichkeiten, die uns die Kommission gibt, die 22,6 Millionen Euro noch hinzugeben.

Wenn Sie Ihr eigenes Argument bis zum Ende bringen und sagen, das Geld darf auf keinen Fall ausgegeben werden, dann sind wir doch ganz schnell bei der Frage, lieber Herr Licht: Sollten wir nicht hier – ist das Ihr Wunsch – über das sofortige Abmelden des Flughafens Hahn vom Markt sprechen? – Nur dann kann die öffentliche Hand sagen, diese 22,6 Millionen Euro werden uns nicht mehr belasten. Wenn wir aber bereit sind, einem privaten Investor den Weg zu geben, damit er eigene Investitionen einbringen kann, dann müssen wir uns auch dazu bekennen, dass sich der Staat, das Land Rheinland-Pfalz, unter den Möglichkeiten der EU-Kommission weiterhin bis zu dem Zeitpunkt, bis es zu dem es juristisch überhaupt noch möglich ist, zu diesem Flughafen bekennt.

Meine Damen und Herren, dieses Bekenntnis werden Sie von meiner Fraktion, von der Ampelkoalition immer hören.

Von Ihnen habe ich es heute nicht gehört, lieber Herr Licht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch nicht so, dass wir zum ersten Mal Erfahrungen mit einem Konversionsprojekt machen, bei dem öffentliche Hand und privater Sektor Hand in Hand zusammenarbeiten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist wohl
wahr!)

– Herr Baldauf, dass Sie sagen, es ist wohl wahr, da möchte ich Ihnen schon sagen, ich habe in einem Konversionsprojekt mit CDU-Kommunalpolitikern sehr, sehr gut zusammengearbeitet.

Ich weiß, dass viele Sozialdemokraten, Verantwortungsträger in der Regierung, Abgeordnete, Kommunalpolitiker mit den CDU-Verantwortungsträgern vor Ort bei den Konversionsprojekten gut und erfolgreich zusammengearbeitet haben. Ich will gar nicht bestreiten, dass gerade die Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Fraktionen und den beiden großen Parteien auf der kommunalen Ebene erfolgreich war. Genau das führt dazu, dass Sie sich doch auch kritischen Fragen aus Ihrer eigenen kommunalen Landschaft stellen müssen. Zum Teil haben die heute, vielleicht nicht heute, aber in der letzten Ausschusssitzung, als wir diese Anhörung hatten, auch schon zu einem Zu-

sammenstoß zwischen Mitgliedern der Fraktion der CDU und den CDU-Kommunalpolitikern geführt.

Ich stelle fest, wir haben heute über den Verkauf des 82,5 %igen Anteils des Landes Rheinland-Pfalz an der FFHG zu entscheiden.

Sie, meine Damen und Herren, haben Kritik geäußert, zum Teil berechtigte Kritik. Auch vor dem Hintergrund des Rechnungshofberichts kann man sie nicht vom Tisch wischen. Aber heute haben wir darüber zu entscheiden, machen wir den Weg frei.

Sie haben die Frage gestellt, wie es in dem neuen Verkaufsverfahren zwischen HNA und ADC war. Sie haben heute die Frage gestellt, als sei sie noch unbeantwortet.

Ich möchte gern unserer gemeinsamen Erinnerung auf die Sprünge helfen, indem ich darauf verweise, dass die beiden Bieter als Konsortium aufgetreten sind. Von Anfang an war geplant, dass eine Projektgesellschaft zu gründen ist. Die Sicherheitszahlung wurde angefordert. Auch das ist ein wesentlicher Aspekt, der vor dem Hintergrund der Erfahrungen des letzten Verkaufsverfahrens neu implementiert wurde. Sie wurde von der ADC-Seite überwiesen.

Die Schwerpunktverlagerung auf HNA, also auf diesen starken chinesischen Bieter, wurde während des Verkaufsverfahrens vorgenommen.

Diese Frage hat auch bei der Anhörung eine Rolle gespielt. Ich zitiere Herrn Professor van der Hout, der hier Stellung genommen hat. Ich zitiere ihn wörtlich: „Wenn Sie der private Verkäufer sind“ – und Sie wissen, dass wir uns in diesem Verfahren bewegen müssen, als seien wir ein privater Verkäufer, wenn Sie der private Verkäufer sind – ich zitiere weiter –, „Sie zwei in einem Konsortium haben und der große, potente Bieter am Ende Ihr Käufer wird, dann werden Sie als privater Verkäufer doch über diese Entwicklung glücklich sein und sich nicht darüber beschweren.“

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Hüttner, SPD: So ist es!)

Lieber Herr Licht, ich will gar nicht bestreiten, dass Sie das immer noch nachdenklich macht. Aber es ist nicht in Ordnung, hier aufzutreten und so zu tun, als sei diese Frage nicht gestellt und nicht seriös beantwortet worden und als sei sie auch nicht überzeugend beantwortet worden.

Zur Frage der Transparenz des Verfahrens. Auch da haben die Anzuhörenden deutlich gemacht, dass die Transparenz in dem Verfahren, die notwendig, die erforderlich war, um das Verfahren überhaupt erfolgreich zu einem Punkt zu bringen, an dem wir heute sind, insbesondere eine Transparenz gegenüber den beteiligten Bietern war.

Herr Professor van der Hout hat deutlich gemacht, der Verkäufer muss darauf achten, dass alle beteiligten Bieter transparente Informationen und gleiche Chancen haben. Davon unbenommen hat die Landesregierung auch unter dem Eindruck des vergangenen Sommers regelmäßig und zeitnah den Landtag informiert.

Wir können uns gern auch noch einmal gemeinsam die Zeitleiste der Beratungen in den Ausschusssitzungen, den Landtagssitzungen, der weiteren Angebote, auch der Übermittlung von Daten und Fakten anschauen.

Auch hier sage ich, am Ende ist es Ihr gutes Recht, immer noch zu sagen: Ich bin immer noch nicht überzeugt. – Aber ich möchte schon den Punkt starkmachen dürfen, dass auch unter dem Eindruck der Diskussion, die wir in meiner Fraktion geführt haben, dieses Verfahren ungleich stärker auf Transparenz und die Übermittlung von Informationen gesetzt hat als das Verfahren zuvor.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist auch nicht schwer!)

Lieber Herr Licht, ich finde, es ist wichtig, dass wir das gemeinsam anerkennen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, warum wir heute über die Privatisierung des Flughafens sprechen. Ohne Privatisierung und ein damit verbundenes, durch persönliches, wirtschaftliches und finanzielles Engagement der Investoren unterlegtes Engagement und den neuen Geschäftsideen wäre ein ausgeglichenes Jahresergebnis der FFHG innerhalb des Zeitraums, den uns die Kommission aufgibt, nämlich bis zum Jahr 2024, höchstwahrscheinlich nicht erreichbar. Bei allem Optimismus, den man als Sozialdemokrat sozusagen systemimmanent hat – – –

(Abg. Michael Frisch, AfD: Den muss man auch haben!)

– Ja, den muss man auch haben.

Aber wissen Sie, schauen Sie einmal an, wer hier spricht

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ja, eben!)

und wer hier sitzt. Die Mehrheit.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist immer das Gleiche!)

Wir haben natürlich hin und wieder auch einmal Grund zum Optimismus gehabt.

(Zurufe von der AfD)

Aber ich will Ihnen sagen, bei allem Grund zum Optimismus, mich hat keiner davon überzeugen können, dass wir dieses Ziel in der Regie der öffentlichen Hand bis 2020 erreichen können. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderung war doch immer klar, dass wir diese Alternative zu einer Privatisierung nicht sehen, zumindest nicht dann, wenn wir den Menschen in der Region nicht sagen wollen: Ihr könnt nicht mehr auf die Zukunft des Flughafens setzen. – Wir setzen auf die Zukunft des Flughafens.

Meine Damen und Herren, wir haben heute auch auf die erste Lesung des Verkaufsverfahrens zurückzublicken. Wir haben uns mit Beginn der ersten Lesung und dem heutigen zweiten und dritten Aufruf mit den betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der HNA beschäftigen können. Das wirt-

schaftliche Potenzial auszuschöpfen und möglichst neue Partner darüber hinaus für Fluglinien und für den Carrierbereich zu erreichen, ist die Aufgabe, die HNA hat.

Wir haben die Möglichkeit gehabt, uns die Businesspläne anzuschauen. Natürlich gibt es rechtliche Notwendigkeiten, insbesondere da, wo Interessen Dritter berührt sind. Das führt dann eben auch zu Schwärzungen. Aber dennoch hatte jeder, der dort war, einen klaren Eindruck von diesem Businessplan, und das war nicht der, sie wissen nicht, was sie vorhaben, insbesondere nicht der, sie haben übergreifend übertriebene und nicht mehr realistische Vorstellungen von dem, was da möglich ist.

Wenn ich die „Rhein-Zeitung“ zitieren darf, dann zitiere ich sie an dieser Stelle sehr gern. Sie hat geschrieben, der Businessplan der HNA sei konservativ verfasst. Vor dem Hintergrund kann niemand sagen, der Businessplan sei etwas, was uns beunruhigen sollte. Im Gegenteil, gerade mit den Ausschussanhörungen und den Aussagen von Herrn Goetzmann von HNA im Ausschuss zusammengekommen wird deutlich, HNA weiß sehr genau, was auf sie zukommt.

Meine Damen und Herren, wir haben uns heute mit der Frage zu beschäftigen, wie es am Flughafen Hahn weitergeht. Da will ich deutlich sagen, mit dem Verkauf geben wir ein ganzes Stück Hoffnung mit, und keiner von uns hat Garantie. Keiner von uns kann sagen, wir werden am Flughafen Hahn in vier, fünf, sechs, zehn Jahren garantiert dort stehen, wo wir es uns wünschen. Eines wissen wir aber ganz genau – ich habe versucht, es deutlich zu machen –, wenn wir nicht handeln, wenn wir die Chance nicht nutzen, dass ein international agierendes starkes Unternehmen diesen Flughafen übernimmt, dann ist die Sicherheit, dass am Flughafen Hahn die Lichter ausgehen, so klar, wir nur etwas klar sein kann.

Vor dem Hintergrund dieser Alternative, der eingehenden Analyse, die wir uns vorgenommen haben, meine Damen und Herren, wird meine SPD-Fraktion diesem zweiten und dritten Aufruf dieses Gesetzes mit der Hoffnung und der klaren Erwartung zustimmen, dass am Hahn auch in Zukunft Perspektiven für die Menschen entstehen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Kollege Schweitzer, zur Sachlichkeit der Diskussion. Ich bin sehr daran interessiert, dass wir die auch so einhalten. Unterschiedliche Aspekte und unterschiedliche Fragen müssen diskutiert und angesprochen werden.

Einen Punkt, der mir nur in einer Kurzintervention bleibt, oder wenige Punkte möchte ich ansprechen. Ich kann nicht auf alles eingehen, was Sie angesprochen haben.

Ja, Herr Goetzmann hat auch für uns einen bemerkenswert offenen und ehrlichen Eindruck hinterlassen. Herr Goetzmann hat die Repräsentanz der HNA aber erst seit zwei Monaten. Das will ich nicht weiter bewerten. Er hat aber aus der Kenntnis heraus, weil er ehemals Mitarbeiter des Flughafens Hahn war, zur ADC gewechselt, ausgetauscht und dann zur HNA gegangen ist, einige in der Tat bemerkenswerte Aussagen gemacht, und da bleiben einfach noch Fragen.

Als die HNA am Tag der Vertragsunterzeichnung der Belegschaft vorgestellt wurde, wurde die Belegschaft nachher gefragt, wie denn ihr Eindruck war. Die Belegschaft hat sich zum Beispiel zum Stichwort „Beschäftigung, Beschäftigte“ geäußert. Ich zitiere Herrn Dillmann, Betriebsrat: Für uns war besonders wichtig, dass es keine Kündigungen gibt. – Wer hat denn die Belegschaft dort in dieser Form vor dem Hintergrund des Aspekts unterrichtet, wie Herr Goetzmann hier aufgetreten ist?

(Beifall der CDU)

Eine spannende Frage.

Eine weitere Frage: Sie haben davon gesprochen, dass es einen Investitionsstau von 70 Millionen Euro gibt. Wer hat den zu verantworten?

(Beifall der CDU –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hat er
gesagt!)

Auch dazu habe ich einiges gesagt.

Ich sage noch Weniges zur Transparenz. Wenn Sie die „Rhein-Zeitung“ zitieren, dass es ein konservativer Businessplan ist, dann könnte es sein, dass der „Rhein-Zeitung“ keine geschwärzte Vorlage vorliegt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Das weiß ich nicht. Aber uns war es nicht möglich, den Businessplan zu bewerten.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist ausschlaggebend, was der Investor in den Jahren 2018, 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 vorhat.

Ich will Ihnen gar nichts Negatives unterstellen. Ich habe mich mehrfach grundsätzlich positiv zur HNA geäußert. Ja, das ist ein Konzern, der es könnte, der das Know-how und das Geld in China hat. Ob das Geld über die Tochter zum Enkel, vom Enkel an den Hahn in der Form so fließt, dazu gibt es keine Patronatserklärung.

(Beifall der CDU)

Es gibt keine Garantie für die Mitarbeiter. Es gibt keine Garantie, die uns in den Plänen die Möglichkeit geboten hat, weil sie geschwärzt waren, es für uns nachprüfbar zu bewerten.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der
AfD –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Abgeordneter Schweitzer hat zur Beantwortung das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Lieber Herr Licht, Sie haben das Stichwort aufgenommen, das ich in meiner Rede genannt habe. Es gibt keine Garantie. Ja, so ist es.

Wir alle wissen – wir haben in der Politik auch in Alternativen zu denken –, dass die Alternative zu einem Verkauf an HNA uns fast die Garantie gibt, dass wir im Jahr 2024 so gut wie keine Arbeitsplätze mehr dort haben werden. Ich habe das dargestellt. Sie konnten mir nicht widersprechen – wahrscheinlich weil Sie genau meiner Meinung sind –, dass die Landesregierung unter den Obliegenheiten der Kommission und der entsprechenden Richtlinie nur bis dahin überhaupt die Möglichkeit hat, mit eigenen Möglichkeiten staatlich gesteuert und unterstützt diesen Flughafen in Regie zu behalten. Zu dem, ob und wie es danach dazu führen soll, dass wir das erreichen, was bisher nicht erreicht wurde – auch das gehört zur Offenheit in dieser Debatte –, kann ich Ihnen kein Konzept nennen.

Darum ist der Weg hin zu einem starken privaten Partner, weil es dieser Partner ist, den man kennt und einschätzen kann, einer, der in der Region für Hoffnung sorgt.

Aber natürlich kann sich keiner hier hinstellen und sagen, die Zahl der Beschäftigten wird am Tag X genau diese und jene sein. Es wäre unverantwortlich. Aber jeder kann eine Ahnung davon haben, wie groß der Beschäftigungsaspekt sein wird, wenn wir einfach weitermachen.

Lieber Herr Licht, nachdem Sie zitiert haben, wie das nach den ersten Begegnungen mit HNA vor Ort war, möchte ich gern auch zitieren. Am 24. Januar wird in der „Rhein-Zeitung“ der Verbandsbürgermeister von Kirchberg mit der Aussage zitiert, „Die HNA-Gruppe passt zum Hahn, weil sie weitreichende Verknüpfungen mit dem Flugverkehr hat und wir uns wünschen, dass sich der Hahn in diesem Punkt weiterentwickeln kann.“

Der Erste Beigeordnete der Verbandsgemeinde Kirchberg, Herr Wagner, wird zitiert: „Wenn die Sache gut ausgeht, kann ich als CDU-Mann der Landesregierung nur gratulieren.“ Natürlich wünsche ich mir, dass das gut ausgeht, nicht nur, weil ich mich über eine Gratulation eines CDU-Kommunalpolitikers freuen würde, sondern weil es, glaube ich, im Sinne unserer Verantwortung und der Region ist.

Wir haben nicht die Garantie. Aber wir haben alle Anzeichen, die wir in diesem Verfahren bekommen können, um zu sehen, wir haben einen starken Partner. Wir wollen gemeinsam mit ihm versuchen, den Hahn zu entwickeln. Das ist unsere Verantwortung.

Herr Licht, jeder nimmt sie unterschiedlich wahr. Sie anders als wir, das haben wir heute gemerkt.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Junge das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Licht, ich kann gut verstehen, dass man diese beiden Verkaufsprozesse, weil sie auch Parallelen aufweisen, gern miteinander verquicken möchte. Ich möchte dieser Versuchung widerstehen und mich wirklich auf das konzentrieren, worüber wir heute sprechen. Wir haben nächste Woche Freitag genug Gelegenheit, uns darüber noch einmal auszutauschen. Ich denke, die Dinge sind so unterschiedlich gelagert, dass man sie hier nicht verquicken sollte.

Das Bieterverfahren zur Veräußerung des Flughafens Hahn ist abgeschlossen. Unter dem 1. März 2017 wurde ein notarieller Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der HNA Airport Group unterzeichnet. Die HNA Airport Group ist eine ebenfalls am 1. März 2017 ins Handelsregister eingetragene sogenannte Zweckgesellschaft, gegründet zum Erwerb der Anteile des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, letztlich eine Tochter – Sie sagen eine Enkelin – der HNA Group.

Nach Aussage der Landesregierung wurde mit der HNA derjenige Bieter ausgewählt, der nach den Vorgaben der Europäischen Union das beste Angebot für den Erwerb der Anteile des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen GmbH unterbreitet hat. Einzig maßgebliches Kriterium war hierbei nach Aussage der Landesregierung und den von ihr beauftragten Beratern der Kaufpreis.

Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal in Erinnerung rufen, dass einer dieser Berater, Herr Professor Dr. Jonas, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton noch im September vergangenen Jahres im Innenausschuss auf Nachfrage deutlich erklärte, dass eben nicht nur der höchste Kaufpreis maßgeblich sei, sondern das Land Rheinland-Pfalz vielmehr das Recht – und aus Sicht der AfD-Fraktion, sage ich, auch die Pflicht – habe, genauer zu prüfen, ob der Käufer auch zum erfolgreichen und dauerhaften Betrieb des Flughafens in der Lage und willens sei.

Das hatte bei mir den Eindruck erweckt, dass sich die Landesregierung von diesem Zeitpunkt an von der Gängelung der EU ein Stück weit befreien wollte und nunmehr die Interessen der Bürger wieder mehr in den Vordergrund stellen wollte. Das fand ich sehr gut. Das ist aber erneut nicht der Fall.

Der Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag sieht jedenfalls einen Kaufpreis von 15,1 Millionen Euro als einzig entscheidendes Kriterium vor. Dazu kommen die durch die Europäische Kommission zu genehmigenden Betriebsbeihilfen in Höhe von rund 25 Millionen Euro zugunsten der Gesellschaft bis 2024 sowie die Sicherheitskosten bis zu einem Höchstbetrag von 27 Millionen Euro bis 2025 hinzu.

Weiterhin ist vertraglich vorgesehen, dass der Verkäufer,

also das Land Rheinland-Pfalz und damit der Steuerzahler, die HNA Airport Group GmbH von allen Aufwendungen, Kosten, Schäden und wirtschaftlichen Nachteilen bis zu einer maximalen Höhe von 25 Millionen Euro freistellt, die in der Folge von vorhandenen Altlasten bekannt oder möglicherweise noch unbekannt entstehen können.

Darüber hinaus ist im vorliegenden Gesetzentwurf noch von Investitionshilfen in Höhe von 22,6 Millionen Euro bis 2024 die Rede.

Meine Damen und Herren, auch nach einem Verkauf der Geschäftsanteile am Flughafen Frankfurt-Hahn stehen somit für das Land Rheinland-Pfalz und damit letztlich für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Kosten von mindestens 51,6 Millionen, vermutlich aber eher rund 75 Millionen Euro und mehr in den kommenden acht bis neun Jahren im Raum.

An dieser Stelle seien noch einmal die bisherigen Kosten für den Flughafen Hahn in Erinnerung gebracht, rund 200 Millionen Euro in den vergangenen Jahren seit 2009, im Wesentlichen für die Erstattung von Sicherheitskosten und für die durchgeführte Entschuldung im Geschäftsjahr 2014 mittels der Zuführung von Eigenkapital.

Alein die Kosten für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Geschäftsanteile des Landes Rheinland-Pfalz – da spielt natürlich der vorherige Verkaufsprozess auch eine Rolle – belaufen sich nach Angaben und Auskunft der Landesregierung auf nunmehr rund 9 Millionen Euro. Dieser bisherigen Aufwendung und künftigen Verpflichtungen von annähernd 100 Millionen Euro steht ein Kaufpreis von 15,1 Millionen Euro gegenüber.

Meine Damen und Herren, bei einem derartigen Minusgeschäft fragt man sich natürlich, wo der Mehrwert für das Land und die Bürger steckt; denn der notarielle Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag enthält trotz doch immenser Leistungen keinerlei Sicherheiten und Garantien des Käufers etwa hinsichtlich der dauerhaften Aufrechterhaltung des Flugbetriebs oder des eigentlich im Fokus stehenden Erhalts der Arbeitsplätze am und um den Flughafen Hahn herum. Eine solche Garantie für den Erhalt der Arbeitsplätze konnte und wollte der Käufer nach Aussagen seines Vertreters hier in diesem Raum am 29. März 2017 im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Innen-, des Haushalts- und Finanz- und des Rechtsausschusses nicht abgeben.

Stattdessen wies der Vertreter der HNA im Rahmen dieser gemeinsamen Ausschusssitzung darauf hin, dass die Personalquote am Flughafen Hahn im Vergleich zu anderen Flughäfen sehr hoch sei.

Meine Damen und Herren, das lässt nichts Gutes erahnen. Zumindest sind erhebliche Zweifel nach meinem Dafürhalten angebracht.

(Beifall der AfD)

Nun soll also der Landtag diesem Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag nach dem Willen der Landesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen. Die Landeshaushaltsordnung schreibt in § 65 Abs. 7 – daran

sei hier noch einmal erinnert – vor, dass Anteile an Unternehmen mit besonderer Bedeutung nur mit Einwilligung des Landtags veräußert werden dürfen. Gleiches gilt nach § 64 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung für Grundstücke von erheblichem Wert und von besonderer Bedeutung. Das ist in diesem Fall in der Tat so. Damit üben der Landtag Rheinland-Pfalz und insbesondere aber auch die Opposition in besonderer Weise eine wichtige Kontrollfunktion aus. Damit haben wir aber die Möglichkeit, die Chancen und Risiken, die sich aus dem Verkauf ergeben, abzuwägen. Wenn wir das wollen, dann müssen wir auch als Abgeordnete natürlich Einblick in alle hierzu erforderlichen Unterlagen haben. Dazu müssen wir diese in umfassender und bitte auch in ungeschwärtzter Form vorliegen haben. Das war nicht der Fall.

(Beifall der AfD)

Das ist bis heute nicht umfänglich der Fall, obwohl wir hier über ein Gesetz sprechen. Herr Licht hat mehrfach darauf hingewiesen. Wir beraten darüber und beschließen. Ich finde, auf dieser Informationsgrundlage können wir ein solches Gesetz nicht beschließen. Das von uns zu fordern, ist eigentlich ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Die Landesregierung hat sich erneut darauf zurückgezogen, dass allein der Kaufpreis einzig maßgebliches Kriterium für die Auswahl des Bieters sein durfte und auch derjenige Bieter ausgewählt wurde, der nach den Vorgaben der Europäischen Kommission das „beste“ Angebot unterbreitet hatte.

Zwar will ich gern glauben, dass hier das höchste Angebot vorliegt, aber ob es wirklich das beste Angebot ist, macht sich für uns ausschließlich daran fest, ob die Arbeitsplätze und der Wirtschaftsstandort Hahn/Hunsrück dauerhaft erhalten bleiben oder nicht.

Nicht nur die erwähnten Aussagen des Vertreters der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im vergangenen September lassen hier nun mal starke Zweifel aufkommen. Es muss doch in erster Linie um die Menschen der Region gehen und nicht um einen Deal, der auch noch als klar erkennbares Minusgeschäft ohne jede Garantie zu bewerten ist. Einen solchen Vertrag würde keiner von uns als Privatperson akzeptieren. Aber in diesem Fall geht es nicht um Ihr Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Vorwiegend geht es heute aber nicht mehr um die Auswahl eines Bieters. Das Bieterverfahren ist abgeschlossen. Es geht für mich auch nicht mehr darum zu beurteilen, ob auch tatsächlich die Vorgaben der Europäischen Kommission im Rahmen des Bieterverfahrens eingehalten wurden. Da waren Sie sicherlich sehr sorgfältig und auch gelehrig.

Wir waren im Übrigen als Abgeordnete anhand der vorliegenden Unterlagen auch gar nicht in der Lage, genau prüfen zu können, zumal auch Unklarheiten weiterhin bestehen, welche Auswirkungen es hätte, wenn das Land Hessen seine Anteile nicht an die ADC veräußert, sondern gegebenenfalls an einen anderen Bieter verkaufen würde.

Waren doch noch HNA und ADC im Rahmen des Bieterverfahrens als Konsortium aufgetreten. Heute geht es also darum, dass der Landtag mit seiner Zustimmung den Weg dafür freigemacht, dass auch künftig in der genannten Höhe von vermutlich 75 Millionen Euro und mehr weitere Mittel an die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH fließen sollen.

Was also will uns die Landesregierung sagen, wenn sie nun erneut gebetsmühlenartig wiederholt, dass bei der Auswahl des Bieters einzig und allein der Kaufpreis maßgeblich sein durfte? Muss der Landtag jetzt seine Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf erteilen, weil nach den Vorgaben der EU-Kommission die Auswahl des jetzigen Käufers vermeintlich alternativlos sei? Sicher nicht!

Genauso wenig wird man von den gewählten Volksvertretern verlangen können, dass sie blind darauf vertrauen, dass der Käufer am Flughafen Hahn Erfolg haben wird, und das nur aus einem wohligen Bauchgefühl heraus. Das ist sicherlich auch nicht Sinn und Zweck der Bestimmungen des Landeshaushaltsordnung, die die Einwilligung des Landtags hier erforderlich machen.

So sehr wir uns – Herr Abgeordneter Schweitzer, da bin ich absolut bei Ihnen – einen Erfolg am Flughafen Frankfurt-Hahn im Sinne der dort Beschäftigten, der gesamten Region und des Landes Rheinland-Pfalz insgesamt wünschen und auch darauf hoffen, ist aber das Prinzip Hoffnung, Herr Schweitzer, hier als Grundlage für eine seriöse Entscheidung einfach zu wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Ebenso wenig sind wir gewillt, uns auf die Zusicherungen der Landesregierung zu verlassen, die uns schließlich im vergangenen Jahr – hier mache ich einmal den Spagat – die Auswahl der SYT ebenfalls als alternativlos dargestellt hat. Wir als Abgeordnete des Landtags müssen selbst die Vorteile und auch die Risiken eines solchen Verkaufs an die HNA beurteilen können. Das ist eben nicht der Fall.

Im Verkaufserlös allein kann der Vorteil bei dem genannten Kaufpreis, den Kosten für Berater im Zusammenhang mit dem Verkaufsprozess sowie den bisherigen und künftigen Kosten für das Land Rheinland-Pfalz nicht liegen. Der Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag selbst, der für die Vertragsparteien allein maßgeblich ist, enthält im Wesentlichen nur Verpflichtungen für den Verkäufer und keinerlei Sicherheiten oder Garantien des Käufers, meine Damen und Herren.

Auch ansonsten gibt es seitens des Käufers keinerlei Sicherheiten oder Garantien etwa hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Flugbetriebs oder des Erhalts der Arbeitsplätze. Ich möchte an dieser Stelle wirklich noch einmal eindringlich betonen: Der Erhalt der Arbeitsplätze am und um den Hahn herum ist für die AfD-Fraktion neben den Interessen des Steuerzahlers von entscheidender Bedeutung.

(Beifall der AfD)

Diese Absicht ist aber bei der Landesregierung insbesondere nach dem – ich hoffe, das bewegt sich noch im Rahmen des parlamentarischen Sprachgebrauchs – sklavenhaften Rückfall auf EU-Vorgaben nicht glaubwürdig erkenn-

bar.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Keine Ahnung!)

Woran sollen wir also die Chancen und Risiken beurteilen, um mit gutem Gewissen Ihrem Gesetzentwurf heute zustimmen zu können?

Da wäre zum einen der Käufer. Woran sollen wir diese Chancen und Risiken erkennen? Käufer ist die HNA Airport Group GmbH, eine Zweckgemeinschaft zum Erwerb der Anteile des Landes Rheinland-Pfalz, und eben nicht die HNA Group selbst mit einem Umsatz von mehreren Milliarden Dollar, die auch nicht bei einem eventuellen Misserfolg am Hahn in Regress genommen werden könnten.

Zwar liegt nun ein Businessplan vor, der nach unserer Bewertung, insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung vom 29. März, nur bedingt aussagefähig ist. Da haben wir die Aussage des Vertreters der HNA in der gemeinsamen Ausschusssitzung zur Kenntnis genommen, dass die Vorlage eines Businessplans nicht Gegenstand des Bieterverfahrens war und man nur auf besonderen Wunsch der Landesregierung einen solchen eingebracht hat.

Da haben wir die Aussagen der Landesregierung, der von ihr beauftragten Berater, etwa von Herrn Professor Dr. van der Hout, dahin gehend zur Kenntnis genommen, dass ein Businessplan nicht Grundlage der Auswahlentscheidung sein durfte. So sagte Herr Professor Dr. van der Hout im Rahmen der gemeinsamen Ausschusssitzung wörtlich – ich zitiere –: „Der Businessplan wurde dem Land im März vorgelegt, das heißt nach dem“ – seine Ausdrucksweise – „Signing. Das ist auch richtig so; denn der Businessplan darf eben nicht Grundlage der Auswahlentscheidung über den meistbietenden Käufer sein.“ – Daraus folgt aber auch, dass die Vorlage eines Businessplans nach Abschluss des Bieterverfahrens, also nach Unterzeichnung, erfolgte und die Auswahl offensichtlich eben doch nur nach den Vorgaben der Europäischen Kommission erfolgte.

Den vorgetragenen Bedenken des Erwerbers hinsichtlich seiner Geschäftsgeheimnisse hätte man durchaus in angemessenem Maße Rechnung tragen können, indem man beispielsweise eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – vielleicht noch mit einem Flugverkehrsfachmann – beauftragt hätte, das Konzept des Käufers wirklich eingehend zu prüfen und anschließend dem Landtag Bericht zu erstatten.

(Beifall der AfD)

Das hätte ich als eine seriöse Vorgehensweise verstanden. Ich glaube, alle anderen auch.

So ist also der sogenannte Businessplan nichts anderes als ein Placebo, eine Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ein entsprechender Vorschlag wurde auch im Rahmen der

gemeinsamen Ausschusssitzung gemacht. Diesem Vorschlag wurde bedauerlicherweise nicht gefolgt. So müssen wir heute die Chancen und Risiken eben anhand der uns vorliegenden Unterlagen beurteilen und der Landesregierung vertrauen. Dass wir damit ein gewisses Problem haben, dürfte Sie nicht verwundern.

(Beifall der AfD)

Es bleibt also das von Herrn Schweitzer angesprochene Prinzip Hoffnung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich habe nicht Prinzip Hoffnung gesagt! Bitte korrekt zitieren!)

Hoffnung darf aber keine Möglichkeit des seriösen Handelns sein. Schon gar nicht, wenn es sich um ein derart wichtiges Projekt handelt, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Wir als AfD-Fraktion sehen uns jedenfalls im Ergebnis derzeit nicht in der Lage, eine abschließende Abwägung zwischen möglichen Vorteilen und den zu erwartenden weiteren Nachteilen bei einem Verkauf an die HNA Airport Group GmbH zu treffen. Die AfD-Fraktion würde einem seriösen und transparenten Verkaufsprozess vor allem im Sinne der betroffenen Bürger und der Region nur zu gern zustimmen. Wir wollen aber auch nicht durch eine kategorische Ablehnung das bisschen Hoffnung auf einen wirklich zu wünschenden Erfolg zerstören. Die Regierungskoalition wird den Verkauf an HNA heute mit Mehrheit – darauf haben Sie hingewiesen, Herr Schweitzer – beschließen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Daran besteht wohl kein Zweifel. Die AfD-Fraktion wird sich in dieser Frage enthalten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Roth das Wort.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich habe übrigens nicht vom Prinzip Hoffnung gesprochen!)

Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schauen wir nach vorn. Das war das Motto der Freien Demokraten im Wahlkampf, und das ist auch das Motto von uns für die parlamentarische Arbeit im Landtag. Das gilt selbstverständlich ebenso im Zusammenhang mit dem Verkaufsprozess des Flughafens Hahn.

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen wir Verantwortung für unser Land und seine Menschen. Dabei leitet uns stets der Gedanke, unser Land Stück für Stück noch ein

bisschen besser, lebenswerter und leistungsfähiger zu gestalten. So liegt es auch in unserer Verantwortung, den Menschen in der Region Hunsrück mit dem Verkauf des Flughafens Hahn die Möglichkeit auf eine gesicherte Zukunft mit stabilen Arbeitsplätzen zu verschaffen.

Dieser Verantwortung wollen wir heute mit der Abstimmung über das Gesetz zum Verkauf des Flughafens Hahn gerecht werden. Kaum ein anderes Thema hat das politische Rheinland-Pfalz und besonders die Menschen in der Region Hunsrück in den vergangenen elf Monaten so beschäftigt wie dieser Verkauf. Vor allem die Sommermonate des vergangenen Jahres haben die Regierungskoalition mit Sorge um die Zukunft des Hahn und der Region Hunsrück erfüllt.

Unzweifelhaft ist, dass das erste Verkaufsverfahren im vergangenen Jahr gescheitert ist. Darüber haben wir hier im Plenarsaal und auch in den Ausschüssen sehr intensiv und detailliert diskutiert. Den Regierungsfractionen war deshalb ganz genau bewusst, dass sich eine solche Geschichte nicht wiederholen durfte.

So viel zur Vergangenheit; denn es zeichnet die Ampelkoalition aus, dass sie sich nicht in Vergangenheitsbewältigung verliert, sondern pragmatische und lösungsorientierte Wege für die künftige Gestaltung unseres Landes beschreitet.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der heutigen Zustimmung zum Verkauf des Hunsrück-Flughafens an die HNA Group wollen und werden wir dem Hahn und seinen Beschäftigten eine realistische und echte Perspektive für die kommenden Jahrzehnte ermöglichen.

Meine Damen und Herren, es ist nun fast 24 Jahre her, dass der heutige Flughafen Hahn seine Wandlung von einer militärischen Airbase der US-Luftwaffe hin zu einem Zivilflughafen genommen hat. Das war – mit Verlaub – ein sehr schwieriges Unterfangen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kurzen Exkurs in die Geschichte geben. 1952 wurde der Militärflugplatz im Hunsrück von der US-amerikanischen Luftwaffe übernommen, nachdem die französische Besatzungsmacht 1951 mit dem Bau bereits begonnen hatte.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, dazu komme ich gleich.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Zum Ende des Kalten Kriegs waren auf der Hahn Airbase drei Staffeln F 16 mit einem Personalbestand und deren Familienangehörigen von insgesamt 13.000 Menschen stationiert. Nachdem diese Staffeln 1991 beim zweiten Golfkrieg im Irak eingesetzt worden waren, kehrten diese Flugzeuge direkt in die USA zurück, was das Ende der militärischen Nutzung bedeutete. So übergaben die US-Streitkräfte die Airbase am 30. September 1993 der zivilen Verwaltung.

(Zurufe von der CDU: Wir schauen nach vorne!)

– Bitte?

(Abg. Christine Schneider, CDU: Wir schauen nach vorne!)

– Ja, ich komme direkt dazu.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz identifizierte den Flugplatz als denjenigen, der am leichtesten zu einer zivilen Verwendung zu konvertieren war, was damals auf jeden Fall die richtige Entscheidung gewesen ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit der heutigen Abstimmung über das Gesetz zum Verkauf des Flughafens wollen wir nun das letzte Kapitel der Privatisierung des Flughafens beschließen.

Trotz eines berechtigten Optimismus hinsichtlich der heutigen Zustimmung zum Verkauf an die HNA Group möchte ich kurz auf das Gutachten des Landesrechnungshofs zum gescheiterten Verkaufsprozess im vergangenen Jahr eingehen. In der nächsten Woche werden wir hierauf ausführlicher in der Sondersitzung in diesem ehrenwerten Haus eingehen. Dennoch, der Bericht des Rechnungshofs beschreibt ausführlich das, was uns allen bereits seit dem vergangenen Sommer schmerzhaft bewusst war. Bei dem Versuch, den Hunsrück-Flughafen an das Unternehmen SYT zu verkaufen, wurden viele handwerkliche Fehler gemacht. Das bestreitet niemand. Der Innenminister selbst hat ebenfalls wiederholt Fehler eingeräumt. Wiederholt haben sich aber auch andere verantwortliche Mitglieder der Landesregierung zum ersten Anlauf zur Privatisierung des Hahns im vergangenen Jahr geäußert und Stellung hierzu bezogen.

Alle an der künftigen Privatisierung beteiligten Akteure haben nun aber in den vergangenen Monaten die notwendige Sorgfaltspflicht walten lassen. Die Monate nach dem ersten Anlauf zum Verkauf des Hahns waren vor allem dadurch geprägt, sich nicht zu einer vorschnellen Entscheidung hinreißen zu lassen. Zu einem verantwortungsvollen Handeln gehört es auch, dass man sich nicht von äußeren Einflüssen beeinflussen lässt, sondern sich Lösungen zuwendet. Deswegen hat die Landesregierung alle Optionen zum Verkauf des Flughafens Hahn sorgfältig geprüft und sachlich analysiert. Meine Damen und Herren, dies ist verantwortliches Regierungshandeln. Selbstverständlich wurden auch hier externe Fachleute zurate gezogen, die nun einmal Kosten verursachen.

Meine Damen und Herren, der Verkauf des Flughafens ist ein hoch komplexes Verfahren. Es macht schon einen Unterschied, ob man privat ein Auto an den Nachbarn verkauft oder ob ein Bundesland ein Unternehmen von besonderer infrastruktureller Bedeutung mit mehreren Tausend Beschäftigten, mit Konzessionen, Gebäuden, Grundstücken, Genehmigungen und vielen anderen Rechten und Pflichten an einen ausländischen Großinvestor veräußert.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Ein solcher Verkauf muss nicht nur wirtschaftlich, sondern

vor allem auch rechtlich auf sicheren Füßen stehen. Daher halte ich es nicht für verwerflich, dass die Landesregierung in dieser Frage um externe Beratung ersucht hat.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es! –
Unruhe im Hause)

Bereits in der Plenarsitzung am – – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Entschuldigung, Herr Roth. Der Lärmpegel ist zu hoch. Wer private Unterhaltungen führen will – dafür haben wir eine Lobby –, der möge das dort tun, aber nicht im Plenum. – Bitte, Herr Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Bereits in der Plenarsitzung am 24. März dieses Jahres, in welcher wir uns in der ersten Lesung mit dem Verkaufsprozess befasst haben, wurde deutlich, wie intensiv die Landesregierung das Bieterverfahren geführt hat. Nach sorgfältiger Prüfung, detaillierten Verhandlungen und Terminen vor Ort in China hat die Landesregierung die HNA Group als Bieter bestätigt und den Verkaufsprozess eingeleitet. Wir glauben, dass die Landesregierung mit der HNA Group einen Käufer mit Potenzial gefunden hat, der diese Zukunftsperspektive eröffnen kann.

Aber nicht nur die gute wirtschaftliche Lage des Investors lässt uns optimistisch auf die Zukunft des Flughafens blicken.

Die HNA Group verfügt bekanntermaßen über umfangreiche Erfahrungen im Bereich Luftverkehr, Logistik, Tourismus und betreibt selbst elf Flughäfen und Fluggesellschaften in China.

Gerade vor dem Hintergrund des gescheiterten Verkaufs im vergangenen Juni und der daraus resultierenden Erkenntnis des Landesrechnungshofs war es für die Ampelkoalition von höchster Priorität, dass sich ein erneutes Scheitern des Verkaufs nicht wiederholen darf. Im vergangenen Dreivierteljahr hat uns Parlamentarier deshalb vornehmlich die Frage beschäftigt, wie es auf dem Hahn weitergeht.

Für mich war es die Anhörung am 29. März 2017, die ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen ist. Die Expertenanhörung im Innenausschuss, gemeinsam mit dem Rechtsausschuss sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss, hat ein klares Bild gezeichnet. Die bei dieser Anhörung anwesenden Vertreter der betroffenen Kommunen – Herr Rosenbaum, seines Zeichens Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg, sowie der Kreisbeigeordnete des Rhein-Hunsrück-Kreises, Herr Tuld – haben die Bedeutung des Flughafens als wichtigen regionalen Wirtschaftsfaktor deutlich gemacht.

Ohne den Flughafenbetrieb am Hahn stünde die Region Hunsrück vor einem massiven wirtschaftlichen Problem.

2.000 Menschen haben durch den Flughafen einen Arbeitsplatz. Diese würden durch den Wegfall des Flugbetriebs am Hahn in Gefahr geraten oder ganz verschwinden.

In einer Region, in der der Flughafen mit all seinen angesiedelten Betrieben der mit Abstand größte Arbeitgeber ist, hätte der Verlust dieser Arbeitsplätze massive soziale Folgen mit sich gebracht. Aber nicht nur die Menschen in der Region Hunsrück, auch das gesamte Land Rheinland-Pfalz hätte durch den Verlust des Flugbetriebs am Hahn und den dadurch wegbrechenden Steuereinnahmen spürbare Konsequenzen erlitten.

Der Hahn ist doch mehr als nur ein Standort von regionaler Bedeutung. Dieser Flughafen ist der einzige Verkehrsflughafen in Rheinland-Pfalz und damit von landesweiter infrastruktureller Bedeutung. Die Anhörung hat ebenfalls mögliche künftige Entwicklungspfade des Flughafens aufgezeigt, die die Menschen in der Region berechtigt hoffen lassen.

Die Übernahme des Flughafens durch die HNA Group ermöglicht es der Region, neue Entwicklungsperspektiven zu erschließen. Wir alle haben doch ein Interesse daran, den Hahn als Flughafen zu erhalten. Trotz der positiven Entwicklung mit der Übernahme der rheinland-pfälzischen Anteile des Hahns durch die HNA Group kann niemand Garantien für einen dauerhaften Erfolg des Flughafens abgeben, Herr Licht.

Dies wäre schlicht unseriös, hat auch Herr Schweitzer vorhin gesagt. Es wäre falsch, diesen Eindruck zu vermitteln.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es! Da hat er recht!)

Dies gilt allerdings für jedes privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Wirtschaftlicher Erfolg lässt sich nun einmal in keiner Branche garantieren.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Der Verkauf des Flughafens Hahn eröffnet der Region Hunsrück dennoch spürbare Chancen. Die Möglichkeit, dass die Region Hunsrück durch die Privatisierung einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben kann, ist sehr hoch. Ein solch renommiertes Unternehmen mit hoher Markterfahrung und absolut positiver Expertise wie die HNA Group als Käufer zu gewinnen, ist ein Erfolg der Landesregierung.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren der Opposition, dass Sie sich in der entscheidenden Sitzung der beteiligten Ausschüsse am 5. April 2017 zumindest zu einer Enthaltung zum Hahn-Verkaufsprozess durchringen konnten, werte ich als Anerkennung der Arbeit der Landesregierung

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der vergangenen Monate und als lösungsorientiertes Handeln für die Region, für ganz Rheinland-Pfalz.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das ist konstruiert, Herr Kollege, sehr konstruiert!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, heute werden wir die Geschicke des Flughafens in die Hände eines soliden Investors legen, der über das nötige Know-how verfügt. Damit eröffnen wir dem Flughafen Hahn neue Möglichkeiten für eine gute wirtschaftliche Zukunft.

Geben wir den Menschen im Hunsrück heute somit eine Chance für eine positive Zukunft. Schauen wir nach vorn.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Braun das Wort.

(Zuruf von der CDU: Der wird's richten!)

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute – ich glaube, das ist eine Sache, die wir hier schon öfter besprochen haben – über die Zukunft einer Region von Rheinland-Pfalz zu entscheiden, die immer eine sehr arme Region war. Deswegen halte ich nach Abwägung aller Tatsachen, die uns bekannt sind – ich sage das hier auch bewusst als jemand, der in der grünen Fraktion schon sehr lange im Landtag Mitglied ist –, eine Entscheidung für den Verkauf des Flughafens Hahn an die HNA – an die Bieter, die wir haben – für richtig. Wir haben in unserer Fraktion beschlossen, dass wir das so umsetzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich beginne deswegen ein wenig zögerlich, weil wir auch immer die Diskussion hatten, ist es denn überhaupt die richtige Alternative, den Flugverkehr im Hunsrück weiter zu behalten, nachdem die Amerikaner diese Basis aufgegeben haben. Ich will nach wie vor sagen, wir dürfen nicht allein auf eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung setzen.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht
übernimmt den Vorsitz)

Wir müssen nach wie vor am Hahn dafür sorgen, dass es Alternativen geben kann. Natürlich müssen wir auch anderes Gewerbe am Hahn entwickeln. Natürlich ist es die Verantwortung des Landes und der Politik, am Hahn auch andere Möglichkeiten zu schaffen. Wir sehen aber, dass im Moment die allerbeste Grundlage für die Entwicklung von Gewerbe am Hahn die Entwicklung dieses Flughafens ist.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, klar!)

Der Flughafen prosperiert im Moment nicht, sonst müssten wir ihn nicht verkaufen. Dieser Flughafen ist eine Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir als Grüne sehen immer eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung als Ziel, und wir müssen aufpassen, dass es auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung am Flughafen Hahn gibt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So, wie bei
der Windkraft!)

Das wollen wir natürlich. Nachhaltige Entwicklung heißt, wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung, sozial nachhaltige Entwicklung und ökologisch nachhaltige Entwicklung.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Deswegen ist es unsere Verantwortung zu sagen, die Arbeitsplätze, die da sind, müssen zunächst einmal erhalten werden. Natürlich wären wir froh, sie würden ausgebaut werden können, und natürlich sind wir immer froh, wenn sie sich in Zukunft möglichst umweltverträglich entwickeln.

Meine Damen und Herren, dazu ist der Verkauf des Hahn genau die richtige Möglichkeit, die wir jetzt haben. Es wäre falsch, ihn nicht zu verkaufen, weil es keine Perspektive für den Hahn gäbe. Die Arbeitsplätze würden verloren gehen. Es wäre aber auch falsch zu sagen, wir würden nur auf die reine Entwicklung des Flugverkehrs setzen. Deswegen glaube ich, wir haben damit eine Zukunftsperspektive eröffnet, die für alle gut ist am Hahn, die aber auch für alle im Hunsrück gut ist, für die Anwohner genauso wie für die Menschen, die dort Arbeit finden und die dort Arbeit haben. Deswegen sind wir froh, dass wir diese Entwicklung jetzt gehen können. Deswegen stimmen wir auch mit voller Überzeugung zu, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Natürlich kann die Opposition – ich verstehe das – durchaus Zweifel haben, dass es eine Entwicklung gibt, die so nachhaltig ist, auch mit den Arbeitsplätzen. Natürlich kann man daran zweifeln. Wir haben keine Jobgarantie. Das Bessere ist immer der Feind des Guten. Natürlich könnte man sich noch Besseres vorstellen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nur macht es
keiner! –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Warum
machen Sie es dann nicht?)

Natürlich könnte man sich Garantien vorstellen. Meine Damen und Herren, aber deswegen das Gute abzulehnen, das ist Ihre Verantwortung, die Sie haben. Man könnte nach wie vor auch für Besseres kämpfen und Gutes beschließen und beim Beschließen des Guten mitmachen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wenn der
Vertrag geschlossen ist, ist es doch rum!)

Sie entziehen sich hier diesem Beschluss, und Sie haben sich dafür entschieden, nicht zuzustimmen und diese Entwicklung – die positive Aspekte hat und in eine positive Zukunft für den Hahn, für den Hunsrücker führt – abzulehnen, meine Damen und Herren. Das ist der Unterschied zwischen Regierung und Opposition.

(Zuruf des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Es ist erklärbar. Ich will Ihnen aber auch deutlich sagen, Sie können sich hinterher hinstellen und sagen, wir haben alles besser gewusst. Wir aber müssen als diejenigen, die Verantwortung tragen, auch in dieses Risiko gehen, und wir gehen gern in dieses Risiko, wenn wir jetzt die Situation

am Hahn verbessern und erhalten können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wenn Sie eine Arbeitsplatzgarantie fordern, könnte ich jetzt froheln: Die CDU, Arbeitsplatzgarantie und Garantien für Arbeitsplätze, das ist ein bisschen ein sozialistischer Ansatz.

Meine Damen und Herren, wir können aber keine Arbeitsplatzgarantie am Hahn haben. Wir würden dann keinen Käufer finden. Das ist doch nicht verantwortungsvoll, was Sie hier vorschlagen, nämlich zunächst eine Arbeitsplatzgarantie einzufordern und dann erst verkaufen zu wollen. Damit finden wir garantiert nicht den Besten. Damit gelingt es uns vielleicht, den besten Betrüger zu finden, der uns vorgaukelt – – –

(Heiterkeit bei der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Aber das haben Sie ja schon! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Haben Sie doch schon! –
Weitere Zurufe von der CDU und der AfD)

– Nein, nein, meine Damen und Herren.

(Zurufe der Abg. Julia Klöckner, CDU und des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

– Frau Klöckner, Sie verwechseln die Verfahren.

(Heiterkeit bei der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Ich lache mich kaputt!)

Sie sind so sehr an einem Desaster der Landesregierung interessiert,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Gewöhnt!
Gewöhnt! Wir sind es gewöhnt! –
Abg. Martin Brandl, CDU: Gewöhnt!)

dass Sie überhaupt nicht wissen, dass wir heute den positiven Weg beschreiten

(Zurufe aus dem Hause)

in eine positive Zukunft des Hahn und des Flughafens.

(Zurufe aus dem Hause)

Das müssen Sie heute entscheiden. Sie müssen nicht entscheiden, was Sie gerne lesen würden und was Sie im Rechnungshofbericht gelesen haben.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

– Nein, Sie müssen verantwortungsvoll entscheiden, was in der Zukunft im Hunsrück passieren soll.

(Zurufe von der CDU)

Es ist unsere Entscheidung, dass wir zugestimmt haben und positiv entscheiden und Sie nicht, meine Damen und

Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Diese Arbeitsplatzgarantie, so sehr wir sie uns auch wünschen würden, ist eine Vorgaukelung falscher Tatsachen. Wenn Sie sagen, man könnte sie haben, dann müssen Sie jemanden finden und uns anbieten,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Sie haben es gesagt! –
Abg. Alexander Licht, CDU: Das ist doch falsch! –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

der das auch darstellen kann.

(Zurufe aus dem Hause)

Wir haben im Moment keine Möglichkeit, das zu machen. Wenn Sie jetzt behaupten, man müsse eine Arbeitsplatzgarantie haben, dann ist das eine Vortäuschung falscher Tatsachen, was in der Region eventuell Verunsicherung schafft und was – das wissen wir ganz genau – nicht geht. Deswegen verlassen wir uns jetzt darauf.

Wir haben natürlich die Hoffnung, dass es sich positiv entwickelt. Wir müssen uns aber darauf verlassen, dass wir einen Bieter gefunden haben, der ernsthaft investieren will. Nur, wenn er investiert, bekommt er auch staatliches Geld. Wir wollen Investitionen haben, wir wollen einen ernsthaften Betreiber dieses Flughafens haben. Ich glaube, wir können im Moment sagen, dass wir auf dem guten und auf dem richtigen Weg dazu sind, und Sie haben das auch nicht bestritten, meine Damen und Herren.

Herr Licht, es ist positiv, dass wir gemeinsam darum kämpfen, dass die Arbeitsplätze erhalten werden. Sie haben nicht bestritten, dass wir einen ernsthaften Bieter haben, der eine gute Zukunft

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wo denn?)

zumindest einmal in Aussicht stellen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD sowie vereinzelt bei der FDP)

Wir haben – ich glaube, das ist für die Opposition dann auch eine Sache, die sie hier vortragen muss – gute Bedingungen erreicht. Sie hätten gern bessere Bedingungen. Sie hätten gern mehr Transparenz, haben Sie gesagt. Wir können nur die Transparenz gewähren, die im Moment mit dem Investor möglich ist. Ich glaube nicht, dass es einen ernsthaften Investor gibt, der Ihnen Pläne mit genauen Investitionen für die nächsten Jahre vorlegt – ich glaube nicht, dass man das ernsthaft machen kann –, der Ihnen Pläne mit genauen Zahlen vorlegt, welche Arbeitsplätze erhalten werden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, aber hier wird ja nur die Hälfte vorgelegt! Das ist etwas ganz anderes! –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir können nicht öffentlich diskutieren, welche genauen Pläne vorgelegt werden.

(Abg. Thomas Weiner, CDU: Konnten Sie denn die Pläne lesen?)

Ich glaube, das muss man akzeptieren, und man muss einem Investor eine gewisse Freiheit zugestehen. Wenn wir den Flughafen mit Arbeitsplatzgarantie besser führen könnten als alle anderen, dann würden wir das wahrscheinlich auch weiter tun.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Es ist schon seit sehr Langem ein Eingeständnis, dass es in staatlicher Hand anscheinend nicht so gut funktioniert, diesen Flughafen ins Positive zu führen. Deswegen verkaufen wir ihn an einen privaten Investor. Dagegen können Sie eigentlich nichts haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Dieser Verkauf ist eine Forderung, die die Grünen schon lange gestellt haben. Deswegen sind wir als Grüne nach dem Verkauf des Nürburgrings und nach der Möglichkeit, weitere Entwicklungen in Zweibrücken zu fördern, die nicht flugaffin sind, durchaus froh, dass wir jetzt mit dem Hahn einen weiteren Schritt gehen können; einen Schritt, der in eine positive Zukunft führen kann und nicht weiter vom Land allein abhängig ist.

Wir haben unsere Aufgaben gemacht. Wir machen unsere Aufgaben und geben deswegen Zuschüsse, wenn Investitionen getätigt werden. Stellen Sie sich vor, welche Diskussion wir hätten, wenn wir sagen würden, wir geben keine Investitionszuschüsse, wir würden keine Sicherheitsleistungen garantieren. Stellen Sie sich vor, welche Diskussion Sie hier führen und sagen würden, der Investor würde investieren, aber das Land weigert sich mitzumachen. Sie gefährden Arbeitsplätze am Hahn, liebe Landesregierung.

(Unruhe bei der CDU –
Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Jetzt sagen wir, Investitionen werden zu gleichen Anteilen getragen, damit es in eine positive Zukunft führt. Jetzt bekommen wir wieder Kritik – das kann ich verstehen – vonseiten der Opposition, aber ich glaube, der Weg, den wir beschreiten, ist der richtige Weg, nämlich Investitionen jetzt anzuschieben. Später muss der Privatinvestor die Investitionen natürlich allein tragen und eine positive Zukunft seines Investments allein sicherstellen. Das ist der richtige Weg in einer Region, die strukturschwach ist und von Investitionen leben muss, die von außen kommen, weil sie aus der Region heraus nicht kommen können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Ich möchte mich am Schluss noch für den Rechnungshofbericht bedanken, den wir als Parteien, als Fraktionen angefordert haben. Es ist ein sehr akribischer Bericht. Wir werden diesen akribischen Bericht nicht heute besprechen,

sondern nächste Woche besprechen können.

Ich glaube, es ist in diesem Bericht alles zusammengefasst, was man an Kritik der Handlung der Landesregierung finden kann. Das ist sehr umfangreich. Ich glaube, es ist zusammen eine durchaus gute Quelle dafür, dass wir nachweisen können, dass wir im zweiten Bieter- bzw. Verkaufsverfahren viel besser aufgestellt sind, eine positive Wende haben und in die positiven Zahlen, in die Investitionen kommen. Wir haben in der Region Hunsrück positive Möglichkeiten der Arbeitsplatzentwicklung und Investitionsentwicklung. Insofern können wir auch für die Zukunft insgesamt eine gute Ansiedlung am Hahn garantieren. Wir haben diese Woche eine Enquete-Kommission für den Tourismus neu gestartet. Wir können auch für nachhaltigen Tourismus eine positive Entwicklung haben. Als Grüner sage ich dazu, es schadet auch nicht, wenn noch viele erneuerbare Energien um den Hahn herum gebaut werden. Auch das wäre eine positive Entwicklung,

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Dann kann aber keiner mehr fliegen!)

sodass wir voller Überzeugung unter diesen Bedingungen zustimmen können. Wir freuen uns darauf, dass wir in einigen Jahren rückschauend sagen können, es war eine richtige Entscheidung, die wir im Landtag getroffen haben. Es war eine gute Entscheidung für die Region. Es wäre schlecht gewesen, hätten wir der Ablehnung der Opposition zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Es war richtig, dem nicht zuzustimmen, sondern einen eigenen Weg zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nach dieser ersten Runde aller Fraktionen erteile ich nun Herrn Staatsminister Lewentz das Wort.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei allen Vorrednern für diese äußerst sachliche Debatte bedanken. Ich möchte herzlich den Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer, Thomas Roth und Bernhard Braun auch im Namen der Region dafür Danke schön sagen, dass Sie eine Zustimmung der Fraktionen, die die Regierung tragen, zu diesem Gesetz signalisiert haben. Ich sage bewusst „im Namen der Region“; denn dieser Flughafen hat eine ganz besondere Bedeutung für die Region. Das hat auch die Expertenanhörung gezeigt.

Wenn wir über die Region sprechen, meinen wir nicht nur den Rhein-Hunsrück-Kreis, sondern auch Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld und Bad Kreuznach. Das

ist die große Region, auf die dieser Flughafen eine wirtschaftliche Strahlkraft ausübt.

Mit dem Verkauf des Geschäftsanteils des Landes an unserer Flughafengesellschaft FFHG stellen wir die Weichen für die weitere Fortentwicklung des Flughafens, am Flughafen und rund um den Flughafen. Deswegen ist heute ein ganz wesentlicher Tag dieser Fortentwicklung.

Heute wollen wir ein Gesetz in zweiter und dritter Lesung beschließen und damit eine weitere wichtige Vollzugsvoraussetzung für den Anteilskaufvertrag schaffen. Dass wir heute ein Gesetz verabschieden wollen, unterstreicht die Bedeutung, die die Landesregierung dem Flughafen und damit – ich will es noch einmal wiederholen – der Region beimisst.

Das Gesetzgebungsverfahren, das unter anderem die Expertenanhörung umfasste – ich habe es erwähnt –, ermöglichte eine sehr breite Diskussion. Dadurch konnten die Grundlagen der auch von mir erhofften breiten Konsensvoraussetzungen zu der Zukunft dieses für die Region und damit auch für ganz Rheinland-Pfalz bedeutsamen Infrastrukturprojektes geschaffen werden.

Ich will es ganz deutlich sagen: Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn auch die CDU-Fraktion im Interesse der Zukunft des Flughafens Hahn und in ihrer Verantwortung in der Region und vor Ort dem Gesetzentwurf zustimmen würde. Sie haben sich in der Ausschusssitzung enthalten, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU. Ich will es noch einmal sagen: Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie sich heute klar und eindeutig positionieren würden.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das haben wir!)

Wollen Sie eine Zukunft mit dem Partner HNA, ja oder nein?

(Zurufe von der CDU)

Heute gilt es für uns alle, in dieser wichtigen Frage in zweiter und dritter Lesung Farbe zu bekennen.

Ich bin gestern gefragt worden: War dies ein steiniger Weg? – Ja, auch das stimmt. Es war ein sehr steiniger Weg bis zum heutigen Tag.

Ich habe bereits mehrfach gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit betont, dass im ersten Teil des Verkaufsverfahrens Fehler gemacht worden sind. Hierzu habe ich im vergangenen Sommer, in den dem Sommer folgenden Monaten und insbesondere in den letzten Tagen ausführlich Stellung bezogen. Wir werden am 5. Mai 2017 und in den Ausschusssitzungen danach noch einmal intensiv diskutieren, was das Rechnungshofgutachten aus der jeweiligen Sicht bedeutet.

Eines aber will ich für uns in Anspruch nehmen. Wir haben aus Versäumnissen gelernt und im zweiten Anlauf des Verfahrens Konsequenzen gezogen. Um dieses zweite Verkaufsverfahren geht es heute.

Zu den Konsequenzen: Sie wissen es, es ist teilweise

schon erwähnt worden. Es wurden unter anderem weitgehende Sicherheitsmaßnahmen eingebaut, wie eine von den Interessenten zu zahlende Sicherheitsleistung und die Hinterlegung des Kaufpreises vor Vertragsunterzeichnung. Das ist geschehen. Der gesamte Kaufpreis in Höhe von 15,1 Millionen Euro liegt sicher auf Notaranderkonten, auf deutschen Notaranderkonten.

Ich bin ebenfalls davon überzeugt, wir haben mit HNA einen guten Partner für den Hahn gefunden. Der Käufer ist die HNA Airport Group GmbH. Alleinige Gesellschafterin der Käufergesellschaft ist die Hainan Air Travel Services Co. Ltd. Diese ist Teil der HNA-Gruppe. Ja, Herr Licht, das kann man ein bisschen mit dem Begriff „Enkel“ beschreiben. Wir alle wissen aber, dass es überhaupt nicht unüblich ist, dass man eine solche Organisationsform im Erwerb in der Wirtschaft bei solch großen Transaktionen wählt. Von daher ist das nichts, was man mit einem Fragezeichen oder einem unseriösen Gedanken belegen sollte, sondern das ist üblich.

Wir wissen es: Das Geschäftsspektrum der HNA-Gruppe reicht von Tourismus über Immobilien zu Logistik. Auch nach Medienangaben besitzt die HNA-Gruppe die viertgrößte Fluglinie in China und betreibt rund ein Dutzend Flughäfen und Airlines in China. Das wissen wir auch.

Mit dem Kauf des Schweizer Catering-Anbieters Gategroup eroberte sie sich die Pole Position der Luftfahrt-Caterwelt weltweit. Die HNA-Gruppe ist außerdem an Fluggesellschaften in Frankreich, Brasilien und Afrika beteiligt. Der Schweizer Bodenabfertiger Swisstop gehört ihr ebenfalls. Der Name ist uns sicherlich allen geläufig. Die chinesische Gruppe ist zudem Betreiber der Hotelketten NH Hotels und Carlson.

Ich habe das bewusst alles noch einmal aufgeführt. Die HNA-Gruppe verfügt also über Möglichkeiten, das wirtschaftliche Potenzial des Flughafens bestmöglich auszuschöpfen und neue Fluglinien und Partner heranzuziehen. Darum geht es uns. Wir brauchen mehr Flugbewegungen. Wir brauchen aber auch mehr sonstige wirtschaftliche Aktivitäten rund um den Hahn und am Hahn.

HNA ist ein starker Partner für den Hahn. Ich glaube, davon sind wir überzeugt. Das bezweifelt sicherlich auch in diesem Raum niemand.

Ich freue mich, dass HNA auch die breite Zustimmung in der Region findet. Ich darf in diesem Zusammenhang an öffentliche Äußerungen von Vertretern der Region, auch über Parteigrenzen hinaus, erinnern. Ich will Ihnen einige Zitate noch einmal in Erinnerung rufen.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Flughafen Hahn Herr Bürgermeister Rosenbaum hat gesagt, lieber Herr Licht: „HNA kennen wir alle. Das Unternehmen hat bei seinem Besuch auf dem Hahn einen guten Eindruck hinterlassen. Unserer Ansicht nach hat HNA ein rundes, komplettes und nachhaltiges Angebot vorgelegt.“

Frau Kaefer, die Vizepräsidentin der IHK, sagt: „HNA hat ein (...) klares Konzept vorgelegt, kann sofort starten.“ Der IHK-Regionalgeschäftsführer Knut Schneider sagt: „Die

HNA hat ein nachweisliches Know-how in Sachen Flugbetrieb geliefert.“

Auch Unternehmer haben sich zu Wort gemeldet. Ich darf noch einmal zitieren. Der Kastellauner Unternehmer Heiko Stemmler sagt: „Unterm Strich hoffen alle auf die HNA.“ Busunternehmer Timo Bohr hat uns zu einer Demo gemeinsam mit Frau Kaefer vor dem Landtag eingeladen. Wir erinnern uns alle. Herr Bohr sagt: „HNA hat in ihrem Portfolio alles, was der Hahn auch braucht.“

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich sage das deswegen, weil das unsere Sicht von HNA unterstreicht. Es scheint Persönlichkeiten zu geben, auch aus der Wirtschaft, die sagen: Die Informationen, die uns vorliegen, und die persönlichen Gespräche reichen aus, um zu sagen, jawohl, wir können uns mit HNA für diese Region eine gute Zukunft vorstellen.

Ich bin froh über diesen breiten Konsens, auch über den Konsens über das Potenzial, das HNA mitbringt. Vor Ort spürt man diese Aufbruchstimmung. Ich bin fest davon überzeugt – das habe ich auch dem Grunde nach allen Vorrednern entnommen –, dass der Hahn unsere weitere Unterstützung mehr als verdient hat.

Thomas Roth ist zu Recht auf die historische Entwicklung eingegangen, von der ehemaligen Air Base Anfang der 90er-Jahre in den Veränderungsprozess hinein. Diese Region hat im wahrsten Sinne des Wortes die Ärmel hochgekrempelt. Das darf man so sagen.

Die Landesregierung hat den Hunsrück in diesen Zeiten niemals im Stich gelassen, sondern immer intensiv unterstützt. Wir haben es auch geschafft, diesen Break hinzubekommen, weg von einer Problemregion, hin zu einer Region mit einer hohen wirtschaftlichen Prosperität und einer guten Entwicklung. Dort sind, auch mit der großen Unterstützung der Landesregierung, viele Tausend Arbeitsplätze entstanden.

Wenn man sich die Auswirkungen des Flughafens in Erinnerung ruft, will ich die jährliche Bruttowertschöpfung von bis zu 400 Millionen Euro und ein Steueraufkommen für Bund, Länder und Gemeinden von bis zu 93 Millionen Euro nennen, initiiert und ausgelöst durch den Flughafen Hahn. Das ist auch im Rechnungshofbericht wiedergegeben worden.

Die Region selbst sagt, wenn der Flughafen Hahn in Gefahr gerät, sind 2.500 Arbeitsplätze, die unmittelbar vom Flughafen betroffen sind, in Gefahr. Insgesamt haben wir es in dieser Region gemeinsam hinbekommen, 11.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze anzusiedeln.

Das Land hat mit Landes- und Bundesmitteln sehr viel dafür getan, dass dieser Standort ein starker Standort von seinen Rahmenbedingungen her sein kann. Ich will den Ausbau der Bundesstraße 50 nennen, autobahnähnlich ausgebaut. Lieber Kollege Dr. Wissing, wir stehen vor der Indienstnahme des Hochmoselübergangs, bei dem mit starker Landesentscheidung und mit Bundesgeldern mehrere Hundert Millionen Euro investiert wurden, um auch den Hahn – natürlich nicht nur den Hahn, aber auch ihn –

in Richtung Benelux optimal anzuschließen.

Natürlich steht die Landesregierung auch in Zukunft zum Flughafen Hahn und dieser Region. Sie steht auch damit, mit dieser Zusage zum Flughafen, zu dieser Region.

In der Expertenanhörung sind einige Dinge genannt und beschrieben worden. Auch ist das eine oder andere durch-einandergebracht worden. Ich will auf die Absicherung der Verkäuferseite eingehen. Das ist enorm wichtig. Das Land verkauft seinen Geschäftsanteil an der FFHG und konnte erreichen, dass HNA, die sich im Rahmen eines strukturierten Bieterverfahrens am Markt durchgesetzt haben – auch das gilt es zu würdigen –, den zu zahlenden Kaufpreis bereits vor der notariellen Beurkundung des Vertrages auf Notaranderkonten hinterlegt hat. Ich habe es erwähnt. Wie soll man sich als Verkäufer hinsichtlich der Zahlung des Kaufpreises besser absichern?

Die Landesregierung hat in der Expertenanhörung weiter dargelegt, dass nach dem öffentlich zugänglichen Anteilskaufvertrag der Käufer in den bestehenden Gesellschafterdarlehensvertrag eintritt. Die FFHG hat somit gegen HNA einen Anspruch auf weitere Finanzierung aus diesem Gesellschafterdarlehensvertrag. Wie soll man als Verkäufer sich selbst und die begünstigte Flughafengesellschaft FFHG besser absichern?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Durch eine Patronatserklärung, aber das hat Herr Stich doch verstanden!)

Schließlich hat auch Herr Professor Dr. Kühling erläutert, dass der Verkauf aus beihilferechtlichen Gründen bedingungsfrei erfolgen muss, Herr Baldauf. Sollte man sich als Verkäufer ohne Not durch Formulierung von Bedingungen diesem Beihilferisiko aussetzen? Sind Sie der Meinung, das sollte man tun?

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Stichwort der Beihilfen: Im Rahmen der Anhörung sagte ein Experte, der von sich selbst behauptet hat, er wisse, wie das läuft, wörtlich – Sie können es auf Seite 45 des Protokolls nachlesen –: „Wenn ich eine chinesische Firma bin, dann greife ich das Geld ab.“

Möglicherweise bestehen solche Ängste. Noch einmal, im Anteilskaufvertrag sind keine Beihilfen vereinbart, die man sich, um bei der Wortwahl dieses angeblichen Experten zu bleiben, abgreifen kann. Vielmehr steht der Vollzug des Anteilskaufvertrages unter der aufschiebenden Bedingung, dass von der EU-Kommission zu genehmigende Betriebsbeihilfen im gesetzlich zulässigen und genehmigten Umfang gemäß haushalts- und zuwendungsrechtlichen Bestimmungen gewährt werden. Das ist eine reichhaltige Konditionierung, die sehr in unserem Interesse ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass alle drei Bieter, die in der Endrunde waren – und auch die, die in den Vorverfahren mit dabei waren –, ihren Planungen die Gewährung von Beihilfen zugrunde gelegt haben.

Wie Sie ebenfalls wissen – denn darauf hat Herr Professor

van der Hout hingewiesen –, beruhen die entsprechenden, nach den Luftverkehrsleitlinien zeitlich und der Höhe nach begrenzten Betriebsbeihilfen auf der sogenannten anfänglichen operativen Finanzierungslücke der FFHG, einer Lücke, die unsere Gesellschaft beschrieben hat und die bereits 2014 berechnet wurde.

Von den auf Basis der Vorjahre bis 2024 – das ist das in den Flughafenleitlinien genannte Datum – projizierten Verlusten der FFHG dürfen dann maximal 50 % als Betriebsbeihilfen in diesem Zeitraum fließen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Betriebsbeihilfen werden auch nicht in einem Einmalbetrag, sondern in Tranchen rückwirkend nur nach den entsprechenden Nachweisen und vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt. Insbesondere mit den Haushaltsmitteln will ich an dieser Stelle dem Haushaltsgesetzgeber, uns selbst, noch einmal in Erinnerung rufen, diese Mittel müssen dann auch über Haushaltsverfahren und andere Dinge mehr zur Verfügung gestellt werden, über die wir dann alle öffentlich und gemeinsam diskutieren werden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr transparent!)

Ich will noch einmal zu den Investitionsbeihilfen kommen. Herr Licht, ich schicke voraus, die Investitionen sind notwendig. Würden wir keinen Partner finden, müssten wir diese Investitionen zu 100 % über unsere Gesellschaft aus Landesmitteln leisten. Daran führt kein Weg vorbei.

Die Investitionsbeihilfen sind allerdings bislang weder versprochen noch rechtlich zugesichert. Vielmehr wurde in Aussicht gestellt, dass solche Investitionsbeihilfen in Zukunft einzelprojektbezogen nach entsprechender Einzelnotifizierung und Genehmigung durch die EU-Kommission fließen können. Investitionsbeihilfe kann aber für den Flughafen Hahn immer nur maximal – wir wissen es – 50 % des Gesamtbetrags ausmachen. Wenn HNA bis 2024 tatsächlich den vollen Betrag von 22,6 Millionen Euro an Investitionsbeihilfen abrufen würde, einzelnen Projekten zugeordnet, dann würden wir dort ein Investitionsvolumen in Richtung 50 Millionen Euro auslösen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist das!)

Wenn Herr Goetzmann selbst von 75 Millionen Euro spricht, ist das eine Verteilsituation von einem Drittel Unterstützung des Landes in den Investitionen und zwei Dritteln von HNA oder unserer Gesellschaft. Ich finde, das ist ein gutes Signal in die Region; denn es wird Geld für den Flughafen in die Hand genommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wichtig, und das ist gut so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Stichwort „Alternativen zum Verkauf“ will ich aufgreifen. Ich will ganz eindeutig betonen, für die Landesregierung und für die regierungstragenden Fraktionen ist die Liquidation dieser Gesellschaft und damit das Ende am Hahn keine Antwort, die wir als Option als Antwort für die Zukunft empfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lieber Herr Licht, ich habe von Ihnen keine eigene Alternativvorstellung gehört. Es ist in Ordnung, wenn eine Opposition das Handeln der Regierung kritisiert. Das ist vollkommen klar. Im ganzen Verfahren aber habe ich keine Alternative von Ihnen gehört. Von daher halte ich eine Enthaltung für eher dürrtig.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zurufe der Abg. Julia Klöckner, Ralf Seekatz und Hedi Thelen, CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Haben Sie sich die Rede schreiben lassen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das wurde im Rahmen der Expertenanhörung deutlich: Die Region wünscht sich eine Zukunft mit und für den Flughafen Hahn. Die Region sieht in HNA einen Partner, mit dem dies gelingen kann. HNA hat ihre Erfahrungen und Referenzen im Luftverkehrsbereich eindrucksvoll weltweit dargestellt. HNA hat bekräftigt, dass man den Flughafen an diesem Standort flugbetrieblich entwickeln will.

Sie wissen, dass wir eine Reihe von Vollzugsbedingungen umsetzen müssen, um diese Punkte zu erreichen. Heute ist eine dieser Vollzugsbedingungen mit der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes. Zur fusionskontrollrechtlichen Freigabe kann ich Ihnen mitteilen, dass diese inzwischen durch das Bundeskartellamt erteilt wurde. Hinsichtlich der außenwirtschaftsrechtlichen Genehmigung sieht es so aus, dass das Bundeswirtschaftsministerium zwischenzeitlich die beantragte Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt hat. In Bezug auf die beihilferechtliche Notifizierung der EU-Kommission sind alle Unterlagen durch die Bundesregierung übermittelt worden, und die zuständigen Dienststellen der Kommission prüfen diese nun. Solche Verfahren in Brüssel benötigen üblicherweise etwas Zeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen, Transparenz ist angesprochen worden. Wir haben die Informationen zur Verfügung gestellt, die Reihenfolge der Übersendung der Unterlagen im Übrigen auch im Ausschuss durch mich in der Reihenfolge angekündigt. Wir haben – da kann ich mich nur den Vorrednern aus der Regierungskoalition anschließen – die Situation, dass ein Unternehmer eigene Dinge mit seinen Betriebsgeheimnissen verknüpft. Ich finde, wenn man einen guten Partner finden will, muss man gewisse Punkte akzeptieren.

Lieber Herr Licht, ich will mir Ihr Wort nicht zu eigen machen. Deswegen übersetze ich das und sage, natürlich gab es keine solchen bewussten Fehlinformationen des Kabinetts.

Ein Letztes: Sie haben Herrn Goetzmann ins Stammbuch geschrieben, er sei erst seit zwei Monaten für HNA unterwegs. Zur Wahrheit gehört, er ist seit vielen Monaten in diesem Verkaufsprozess unterwegs. Das wissen Sie sehr genau.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Vorher war er in einer verantwortlichen Funktion bei uns

am Flughafen tätig.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Man muss ja nicht die Wahrheit sagen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich, auch im Interesse des Flughafens, auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der gesamten Region, um Zustimmung zu diesem Gesetz.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die zweite Runde der Debatte ein. Ich erteile der Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Frau Klöckner, das Wort. – Bitte schön, Sie haben noch zehn Minuten Redezeit.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Glaube, Liebe, Hoffnung – das sind Grundpfeiler der christlichen Lehre.

(Heiterkeit der Abg. Christine Schneider, CDU)

Glaube, Liebe, Hoffnung sind aber nicht die Grundlage für eine Verabschiedung eines Gesetzes hier im rheinland-pfälzischen Landtag.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Sehr geehrter Herr Minister Lewentz, Sie verlangen von uns als CDU-Oppositionsfraktion, dass wir einem Gesetz zustimmen, dessen Zustandekommen viele, viele Fragen aufgeworfen hat, die bis heute nicht beantwortet sind.

Herr Schweitzer sagte, wir sollen Verantwortung übernehmen. Im Übrigen ist Verantwortung nicht teilbar oder aufteilbar in verschiedene Sequenzen. Verantwortung haben auch regierungstragenden Fraktionen, die nicht nur etwas abnicken, laut klatschen, sondern Fragen stellen, die gefragt werden müssen, und wenn sie nicht beantwortet werden, eben nicht abnicken und uns vorwerfen, wir würden keine Verantwortung übernehmen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wie so etwas aussieht, kennen wir noch: keine Alternative zu diesem Käufer. – 23. Juni 2016.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie sollten noch sagen, wer es gesagt hat!)

Das war dieser Käufer, zu dem im Bericht des Landesrechnungshofs sehr klar dargestellt worden ist, dass man sich auf jemanden eingelassen hat, der ein Hochstapler ist, und das im Übrigen nicht zum ersten Mal.

Dass es keine Alternative gab, fast moralisch anprangernd uns gegenüber, das sagte damals Herr Schweitzer. Heute

sagt er das mit den gleichen Worten, es gibt keine Alternative. Wenn Sie Verantwortung haben, dann stimmen Sie heute zu. Ich kann Ihnen sagen, in unserer Kategorie von Verantwortung gibt es Nachdenken, ein Ja oder Nein zu sagen. Wir werden heute Nein sagen, weil wir Verantwortung übernehmen.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen, manchmal ist jemand viel verantwortlicher, wenn er weitere Fragen stellt, als wenn er einem nur die Stange hält und laut klatscht.

Wir haben folgende Fragen: Wir wissen zum Beispiel nicht, wie HNA den Flughafen Hahn in die schwarzen Zahlen führen will. Wir wissen zum Beispiel auch nicht, wie der Bieterwechsel zu beurteilen ist, warum Bieter 2 und 3 ausgeschieden sind. Wir wissen nicht, was passiert, wenn sich die Erwartungen der HNA nicht erfüllen. Wir wissen noch nicht einmal, wie diese Erwartungen aussehen. Es ist unklar, wie die gesellschaftliche Struktur der ADC aussieht.

Alexander Licht, aus der Region kommend, die Verantwortung abzusprechen, halte ich für unanständig.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war jetzt das falsche Wort!)

Alexander Licht ist übrigens auch derjenige gewesen – ich will daran erinnern –, der nach der Auswertung der Anhörung thematisiert hat, dass hohe Bonizahlungen getätigt worden seien. Man würde davon hören, er hat entsprechend nachgefragt, wie es angesichts des immensen Verlustes sein könnte, dass es hohe Bonizahlungen gäbe.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist ein Hammer!)

Die Landesregierung hat dazu gar nichts gesagt, aber die SPD-Landtagsfraktion sagte, das seien alles Behauptungen. So gehen Sie immer vor: Wenn Sie in die Ecke gedrängt werden, dann werfen Sie uns etwas vor. Ich kann Ihnen sagen, am Ende kommt es auf die Fakten und nicht auf Glaube, Liebe und Hoffnung an.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Verehrte Kollegen, worum geht es hier? Es geht nicht darum, dass wir über 50.000 Euro für eine Institution entscheiden, sondern hier geht es um den Flughafen Hahn. Herr Roth sagte gerade, wir wollen nach vorn schauen, um dann im Jahr 1952 zu beginnen. Mir hätte schon das Jahr 2016 gereicht, wenn man einmal zurückschaut, was in diesem Jahr passiert ist.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Zu lernen aus dem, was Fehler waren, das muss man jedem Menschen zugestehen,

(Zuruf des Abg. Thomas Roth, FDP)

aber wir hätten gedacht, Sie hätten schon aus dem Nür-

burging gelernt, weil Ihnen da die Kriterien vorgelegt worden sind, wie Sie mit dem Verkauf des Flughafens Hahn umzugehen haben. Warum soll es diesmal anders sein? Haben Sie wirklich eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgenommen, Herr Lewentz?

(Zuruf des Abg. Thomas Roth, FDP)

Diese Fragen haben wir, auch bei einem Businessplan. Wenn die Seiten bis zu zwei Dritteln geschwärzt sind, dann können wir doch nicht von Wissen sprechen, dann reden wir von Vertrauen, ja. Aber Sie haben uns keinen Grund geliefert, Ihnen vertrauen zu können.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es geht um einen Verkaufserlös – Verkauf in An- und Abführungszeichen – von rund 10 Millionen Euro. Die Beraterkosten machen rund 12 Millionen Euro aus, und es gibt Aussicht für den Käufer auf 100 Millionen Euro Steuergelder. Darüber kann man doch nicht einfach hinweggehen, alles sei alternativlos, zustimmen, aber keine Fragen über den Prozess stellen.

Uns geht es nicht so sehr um den Käufer – ich finde, da hat Alexander Licht sehr klug argumentiert –, sondern es geht darum, was das für die Region heißt,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Genauso ist es!)

auf was wir uns hier einlassen. Das hier ist eine Pro-forma-Beteiligung des Parlaments, weil Sie uns nicht alles vorgelegt haben, damit wir ordentlich entscheiden können.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Liebe Kollegen, eine Landesregierung, die sich Bankauszüge per WhatsApp schicken lässt, macht nicht den Eindruck, seriös zu arbeiten.

(Vereinzelt Heiterkeit bei CDU und AfD –
Zuruf von der AfD: Das ist Digitalisierung!)

Bei der gestrigen Pressekonferenz sagte der Innenminister, ihm sei nichts Neues in diesem Bericht des Landesrechnungshofs aufgefallen, der Staatssekretär sagte dann aber, ihm seien schon einige Passagen neu gewesen, zum Beispiel die Summe von 200 Milliarden Euro oder der Bernsteinhändler, wobei Sie mit ihm zusammengesessen haben und deshalb auch in China gewesen sind. Wenn das Ihre Struktur und das symptomatisch für Ihre Kompetenz ist, dann kann man hier nur mit Nein stimmen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Liebe Kollegen, wir haben viele offene Fragen in der Anhörung und im Nachgang der Anhörung formuliert. Wir haben Sie gebeten, unsere offenen Fragen zu beantworten. Wir haben sogar vorgeschlagen, und zwar einer unserer Sachverständigen, dass wir von einem unabhängigen Experten den Businessplan, den Sie uns zu großen Teilen geschwärzt haben, beurteilen lassen. Sie sind damit zufrieden, dass ein Sachverständiger sagte, er hätte ein gutes Gefühl. Ich habe auch gern gute Gefühle, aber nicht beim Gesetze machen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Es geht darum, dass man klare Fakten hat, um für die Zukunft zu entscheiden, wenn es auf mein Gefühl nicht mehr ankommt. Es geht um die kommende Generation, es geht um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Flughafen Hahn, es geht um die Region, es geht um Steuergelder. Deshalb sage ich, wir sind mehr als verwundert, dass keine einzige unserer Nachfragen, die wir damals sehr seriös und fundiert gestellt haben, von Ihnen beantwortet worden ist. Sie haben uns nicht ernst genommen und wollen jetzt ein Ja von uns haben. Sie bekommen ein Nein für dieses Verhalten.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Schweitzer, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Danke schön, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bleibt bei dem, was wir schon in der ersten Runde besprochen haben, wir stehen hier vor der Entscheidung: Sind wir bereit, auf Grundlage dessen, was wir wissen, der Region die Zukunftshoffnung zu geben, dass tatsächlich am Flughafen auch in Zukunft mit der Kompetenz und den privaten Investitionsmöglichkeiten eines privaten Bieters Arbeitsplätze gehalten und in Zukunft neu entstehen können? – Liebe Frau Kollegin Klöckner, genau das ist die Frage, vor der wir alle miteinander stehen.

Ich habe Sie gar nicht aufgefordert, dem Gesetz zuzustimmen. Ich fände es in Ordnung, wenn Sie es machten. Aber ich will Ihnen eines sagen, der Frage, wie wir mit der jeweiligen Verantwortung umgehen, können Sie nicht entgehen. Darum müssen Sie auch mit meiner Frage dazu leben.

Sie haben gesagt, Glaube, Liebe, Hoffnung seien christliche Prinzipien.

Lassen Sie uns einmal die Begriffe durchdeklinieren. Ich denke auch gern an Liebe. Aus der CDU-Fraktion fällt mir dazu keiner ein.

(Heiterkeit bei der CDU –
Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist aber ein Kompliment!)

Wissen Sie, zum Glauben habe ich das in der ersten Runde angedeutet. Wir hatten hier die Ausschussanhörung. Wie ist das mit dem Glauben? Da saß hier Herr Verbandsbürgermeister Rosenbaum. Er hat in der Anhörung deutlich gesagt, dass er nicht mehr verstehen kann, dass man auf Grundlage dessen, was man nach den Aussagen von HNA weiß und natürlich auch, was man sich erhofft, dem Gesetz nicht mehr zustimmen kann.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, draußen vor den Türen des Landtags gab es eine Begegnung der dritten Art, die Sie mit Herrn Verbandsbürgermeister Rosenbaum hatten. Den

Eindruck, den man haben musste, wenn man sich das angeschaut hat, war: Der Mann ist vom Glauben abgefallen, was seine eigene Partei und die Verantwortung von Frau Klöckner und den Ihren im Landtag angeht.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Liebe und Glaube, dazu habe ich etwas gesagt. Was die Frage der Hoffnung angeht, ja, das ist ein zulässiger Begriff, wenn Sie in die Augen derer schauen, die vor dem Abgeordnetenhaus demonstriert haben, die gesagt haben:

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da haben
Sie schon Hoffnung!)

Wir mit unseren Familien sind davon abhängig, dass es dort auch weiterhin Beschäftigung gibt. –

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, dann haben Sie Hoffnung gesehen. Wir haben heute die Möglichkeit, dieser Hoffnung zu entsprechen oder zu sagen, dort war aber noch eine geschwärzte Stelle, und mit der alleine finde ich eine persönliche Begründung, um zu sagen, wir werden dem Gesetz nicht zustimmen. Das ist Glaube, Liebe, Hoffnung.

(Zurufe von der CDU)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie hatten offensichtlich den Eindruck, nach dem, wie ich finde, doch commoden Beitrag von Herrn Licht noch die Fieberkurve ein bisschen nach oben bringen zu können. Sie bringen ausgerechnet Herrn Licht in die Situation, dass Sie ihn im Zusammenhang mit vermeintlichen Bonizahlungen zitieren. Er sei derjenige gewesen, der die hohen Bonizahlungen angesprochen hat. Erstens sind es Tantiemen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was ist denn
da der Unterschied?)

Ich halte es mit Blick auf die Organisation unserer Landesgesellschaften für richtig, dass wir weiterhin

(Glocke des Präsidenten)

einen leistungsbezogenen Anteil bei den Vergütungen haben.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nach welchem
System denn?)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wenn Sie über Boni sprechen, wenn Sie über Herrn Licht sprechen, dann müssen wir uns noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass sich Herr Licht für seinen Handballverein einen besonderen Bonus

(Glocke des Präsidenten)

von einer halben Millionen Euro in seiner Wahlkreisarbeit zulasten der Gesellschaft besorgt hat.

Meine Damen und Herren, das sind Boni, die wirklich stören und die die Gesellschaft vor Ort nicht mehr verstehen kann.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Licht, ich hätte es nicht angesprochen. Frau Kollegin Klöckner hat es aber gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn jetzt aus der letzten Reihe abgewunken wird, – – –

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Abgeordneter Schweitzer, Ihre Redezeit ist leider längst abgelaufen. Ich bitte, zum Ende zu kommen.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Licht, ich komme ja noch einmal. Danke schön.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Er muss
Herrn Lewentz nochmals reden lassen!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Schweitzer, ich will Ihnen bei Ihrer Redezeit behilflich sein. Ich beginne aber mit dem Verweis, den Sie am Schluss noch einmal gemacht haben: Legen Sie doch offen, warum beispielsweise Ihr Minister, Herr Lewentz, ebenso mit Vermittlungen an Vereine in Koblenz dazu beigetragen hat, dass Zahlungen erfolgen.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner, CDU –
Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: 40.000 zu
500.000!)

Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn Sponsoring vermittelt wird. Niemand von Ihnen. Zu einer Zeit, in der der Flughafen durch die Fraport geführt wurde, also privat,

(Zurufe von der CDU)

lag es immer in der Möglichkeit der Landesregierung, diesen Vertrag jährlich zu kündigen. Übrigens habe ich diesen Vertrag nie geschlossen, sondern vermittelt. Wenn Sie Verantwortung ernst nehmen und in der heutigen Zeit hier zum Thema machen, dann möchte ich Seite 100 des Koalitionsvertrags der Ampel, also von SPD, FDP und Grünen, zitieren: „Landesbeteiligungen müssen transparent geführt werden und kostenbewusst agieren.“

(Beifall bei der CDU)

Dann heißt es weiter: „Wir legen Wert auf die parlamentarische Kontrolle der Landesbeteiligungen und wollen diese weiterentwickeln.“

Herr Schweitzer, den Eindruck haben Sie nicht vermittelt.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Schweitzer, Sie möchten erwidern.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, da bin ich wieder. Lieber Herr Licht, so war das. Ihrer Fraktionsvorsitzenden haben Sie zu verdanken, dass Sie sich noch einmal für die Bonizahlungen, die Sie sich damals für Ihre Wahlkreisarbeit über die Gesellschaft zugunsten eines Handballvereins haben auszahlen lassen, rechtfertigen müssen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das ist eine Unterstellung! –

Abg. Alexander Licht, CDU: Unverschämtheit!)

Lieber Herr Licht, Sie haben vermittelt.

(Zuruf der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben jetzt so getan, als hätten Sie davon in der Zeitung erfahren. Sie haben das vermittelt. Sie waren verantwortlich dafür, dass die Zahlungen damals geflossen sind. Ich hätte es nie angesprochen, aber Sie müssen Ihrer Fraktionsvorsitzenden nur noch ein Sträußchen dafür malen, dass Sie mir die Gelegenheit verschafft hat, dieses Thema noch einmal anzusprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Licht, Sie haben gesagt, Sie legen es offen. Ich möchte Sie gern mit Blick auf die Debatte, die wir nächste Woche haben, aufordern offenzulegen,

(Zurufe von der CDU)

wo die Grundlage für die falsche Behauptung, diese Landesregierung hätte per WhatsApp einen Kontoauszug bekommen, im Rechnungshofbericht steht. Legen Sie offen, um Ihr eigenes Stichwort zu benutzen, wo das im Rechnungshofbericht steht.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, vielleicht haben Sie lesen lassen und es nicht selbst gelesen. Derjenige aber, der Ihnen das aufgeschrieben hat – ich sage das jetzt zu Ihren Gunsten –, hat Ihnen nichts Fairens aufgeschrieben, weil das nicht so gewesen ist. Wenn das Ihr zentraler Angriff war, dann ist der gerade in sich zusammengebrochen.

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir heute eine Entscheidung zu treffen. Ich habe angekündigt, wie meine Fraktion agiert.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie haben erklärt, dass Sie ein spezifisches „klöcknersches Verhältnis“ zur Verantwortung haben, dass man sich sozusagen – –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Man muss auf den Herrn Licht eingehen! Bitte mal auf den Herrn Licht eingehen!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Ich bitte, auf die Kurzintervention zu erwidern.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Ich beziehe mich auf Herrn Licht,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aha!)

der nicht ausgeführt hat, warum Frau Klöckner ein spezifisches Verhältnis zu Ihrer Verantwortung hat, indem sie erklärt, sie weiß nicht genau, wie sie sich positioniert, also positioniert sie sich einmal dagegen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, diese Mehrheit, die die Koalition hat, wird auch heute zum Tragen kommen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Alternativlos!)

Ich finde, aus Sicht der Region – ich habe das dargestellt am Beispiel des Verbandsbürgermeisters Rosenbaum –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Alternativlos!)

hätten Sie sich selbst einen Gefallen getan, wenn Sie sich zur Region und zum Flughafen stärker bekannt hätten, als Sie heute dazu in der Lage waren. Auch das gehört zu einer Botschaft. Sie mag Ihnen heute noch nicht wirklich einleuchten, aber im Laufe der nächsten Wochen, Monate und Jahre wird Ihnen sicherlich noch einmal auffallen, dass Sie vielleicht heute mit Blick auf die eigene Verantwortung anders hätten agieren können.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Der nächste Redner ist Herr Dr. Bollinger von der Fraktion der AfD. Sie haben noch fünf Minuten und 40 Sekunden Redezeit.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Roth hat soeben einen Blick in die Vergangenheit geworfen, Herr Kollege Braun hat die Opposition aufgefordert, einen anderen Investor zu finden oder zu präsentieren. Wenn es jetzt schwer ist, Investoren zu finden, die gute Angebote machen, dann ist dafür die katastrophale wirtschaftliche Situation des Hahn verantwortlich. Für diese Situation sind wiederum die Landesregierungen der letzten Wahlperioden verantwortlich, allesamt SPD-geführt und in den letzten beiden Wahlperioden mit grüner Beteiligung.

Ich halte also fest, dass wir in dieser Lage sind, weil SPD-geführte Landesregierungen seit Jahren versagen.

(Beifall der AfD – Zuruf von der SPD)

– Herr Kollege, das ist so.

Einem Verkauf an einen privaten Investor stimmen wir natürlich prinzipiell zu und hätten ihn uns nicht nur viel früher gewünscht, sondern sehen schon den Erwerb des Hahn im Jahr 2009 durch die Landesregierung als Fehler an. Wir erinnern uns, damals hatte die Landesregierung im Streit um den sogenannten Hahntaler für Ryanair gegen Fraport Partei ergriffen, worauf Fraport keine wirtschaftliche Perspektive mehr für den Betrieb des Flughafens gesehen hatte und ihn für einen symbolischen Betrag von 1 Euro an das Land Rheinland-Pfalz veräußert hatte.

Für das Land hätte schon eine Warnung sein sollen, dass ein fachlich hoch kompetenter privater Investor keine Perspektiven sieht und den Hahn quasi verschenken will. Damals dachte man aber noch, dass das Land offensichtlich der bessere Betreiber von Flughäfen als ein privater Investor ist. Seit diesem Erwerb hat das Land 200 Millionen Euro an Steuermitteln verloren.

Auf das erste Verfahren, das missglückte Verfahren, möchte ich jetzt nicht näher eingehen – dazu werden wir nächsten Freitag ausführlich Gelegenheit haben –, sondern zum vorliegenden Gesetzentwurf kommen. Hier haben wir nie einen Zweifel daran gelassen – Herr Junge hat es vorhin noch einmal betont –, dass wir bei einem mit einem überzeugenden Geschäftsmodell unterlegten Kaufvertrag dem Landesgesetz gern zugestimmt hätten. Wir möchten nämlich den Standort und die Arbeitsplätze am Hahn gern erhalten, weil uns die Menschen dort wichtig sind.

(Beifall der AfD)

Leider hat die Landesregierung hier nicht geliefert, und ist das nicht der Fall. Wir haben keinerlei nachvollziehbaren Businessplan erhalten und explizit keine Garantien und Sicherheiten zu Standort und Arbeitsplätzen. Stattdessen verpflichtet sich das Land, wenn man alles zusammenrechnet, zu weiteren Zahlungen und Beihilfen von bis zu 100 Millionen Euro.

Die soeben erwähnten, von Herrn Goetzmann angekündigten Investitionen von 75 Millionen Euro stehen nicht im Kaufvertrag. Das ist das einzig juristisch relevante Dokument. Das heißt, ohne Herrn Goetzmann zu nahe treten zu wollen, das ist nicht bindend. Als Landtagsabgeordnete mit der Verantwortung für Rheinland-Pfalz und seine Bürger können wir unsere Entscheidungen nicht ausschließlich auf einem derartigen Versprechen begründen. Herr Schweitzer, dort trägt das Prinzip Hoffnung zu wenig. Das reicht allein nicht aus.

(Beifall der AfD)

Zum Abschluss noch ein kurzer Exkurs zu dem Thema der Zahlungen leistungsbezogener Zulagen in Landesbetrieben. Das ist natürlich gängige Praxis in der Wirtschaft. Nur gerade in der Privatwirtschaft ist es auch die Regel, dass diese sich an Kriterien orientieren, die auch die Gesamtpフォーマンス des jeweiligen Unternehmens mit einbeziehen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das habe ich alles erklärt!)

– Herr Kollege, das haben Sie gar nicht erklärt. Dann erklären Sie mal, warum bei einem Unternehmen, das bei einem Umsatz von 32 Millionen Euro Verluste von 14 Millionen Euro schreibt, eine negative Umsatzrendite von 43 %, der zuständige Geschäftsführer seine leistungsbezogene Zulage zu 77 % ausschöpft.

(Beifall der AfD)

Nicht das Was, sondern das Wie. Sie versuchen, das Konzept der Privatwirtschaft zu kopieren, aber Sie können es nicht. Wieder versagt.

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Becker von der Fraktion der FDP. Sie haben noch neun Minuten Redezeit.

Abg. Monika Becker, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Klöckner, eine Bemerkung vorab: Sie haben vorhin so den Eindruck vermittelt, als säßen hier nur Claqueure. Ich darf Ihnen versichern, hier sitzen 52 selbstbewusste, eigenständige Abgeordnete, die denken und zu einem Ergebnis gekommen sind.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Anspruch und Wirklichkeit!)

Gut ist, diesem Kaufvertrag, diesem Gesetz zuzustimmen, weil es ein gutes Gesetz ist.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass Sie zu dieser Erkenntnis auch in Ihrer eigenen Fraktion kommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, wir haben turbulente Zeiten am Flughafen Hahn hinter uns, aber jetzt sind wir auf der Zielgeraden. Das nun erreichte Ergebnis ist gut. Gut für den Hahn und gut für die Region. Lange genug mussten die Bürgerinnen und Bürger des Hunsrück hierauf warten. Dass wir jetzt eine interessengerechte Lösung für alle Beteiligten gefunden haben, war ein hartes Stück Arbeit und bedarf einfach der Anerkennung der erfolgreichen Zusammenarbeit in dieser Ampelkoalition.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wäre die Opposition in diesem Punkt ehrlich, könnte sie sich dieser positiven Entwicklung ebenfalls nicht verschließen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Für den Flughafen Hahn und die Menschen dort ist ein Abschluss dieser Angelegenheit bitter notwendig, damit hier endlich Ruhe einkehren kann und die Region wieder eine

echte Chance auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung hat.

In der Anhörung der Ausschüsse hat dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, der CDU-Verbandsbürgermeister aus Kirchberg, Herr Harald Rosenbaum, den wir von der FDP-Fraktion als Experten benannt hatten, treffend dargestellt. Die Region hat sich sehr früh zugunsten des Bieters HNA positioniert, und zwar, weil dieser über das Know-how, den Flughafen Hahn wieder zum Fliegen zu bringen, verfügt.

Meine Damen und Herren, fliegen soll und muss der Flughafen. Davon hängt alles ab. Hierfür hat diese Landesregierung mit dem Verkauf an die HNA gesorgt.

Meine Damen und Herren, wir alle in der Regierungskoalition sind uns der Verantwortung, die mit dem Verkauf einhergeht, bewusst. Bewusst sind wir uns auch, dass es wie bei jeder Entscheidung auch Risiken gibt. Aber wir sind trotzdem bereit, diesen Schritt zu gehen, weil es hierzu keine Alternative gibt. Die Opposition insbesondere – da muss ich noch einmal die Kolleginnen und Kollegen der CDU ansprechen – orakelt gern von anderen Möglichkeiten. Allein eine tragfähige Lösung vorzuschlagen, meine Damen und Herren, dazu waren und sind sie nicht in der Lage. Man kann sich nur die Augen reiben und muss sich in der Tat die Frage stellen, ob der CDU die Anliegen der Menschen vor Ort egal sind.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Wenn Sie noch ein bisschen weiterredet, sind wir dran schuld! –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja! –
Abg. Thomas Roth, FDP: Jetzt haben wir den Schuldigen!)

Wir müssen uns vor Augen führen, dass 2.500 Arbeitsplätze am Flughafen Hahn hängen. Das ist per se schon eine erhebliche Zahl. Für ländliche Räume wie den Rhein-Hunsrück-Kreis mit seinen rund 100.000 Einwohnern wiegt eine solche Zahl aber weitaus schwerer als für andere wirtschaftsstarke Regionen. Hiervon hängen Existenzen ab, und der Verlust von Arbeitsplätzen ist ungleich schwieriger zu kompensieren.

Meine Damen und Herren, diese Unsicherheit, mit der die Region um den Hahn lange Zeit leben musste, ist mit dem heutigen Tag zu Ende. Hierfür hat diese Koalition gesorgt. Wir schaffen damit Sicherheit für die Menschen vor Ort.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Ihr Wort in Gottes Ohr! –

Abg. Christine Schneider, CDU:
Alternativlos! –

Abg. Uwe Junge, AfD: Abgerechnet wird zum Schluss!)

Der FDP ist es stets ein Anliegen, die Wirtschaft mit all ihren Facetten zu stärken. Da nur eine prosperierende Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten vermag, sollte das unser wichtigstes Anliegen und auch das von Ihnen, meine Damen und Herren, sein.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, am Flughafen Hahn haben sich erfolgreich Firmen und Betriebe angesiedelt, die den Menschen Lohn und Brot bringen, seien es nun Firmen und Betriebe, die direkt dem Flugbetrieb dienen oder indirekt Dienstleistungen erbringen, wie zum Beispiel in der Gastronomie und Hotellerie. Für sie ist der Flugbetrieb am Hahn der Dreh- und Angelpunkt. Deshalb muss der Hahn fliegen, und dafür sorgen wir heute.

Darüber hinaus bietet der Verkauf Chancen für die Erschließung weiterer Wirtschaftsfelder. Mit dem neuen Investor ist eben auch möglich, eine konzeptionelle Änderung des Standorts in Angriff zu nehmen. Vielleicht erinnern Sie sich, dass darauf der Verbandsbürgermeister Rosenbaum auch ganz großen Wert gelegt hat. Gewerbegebiete in der Größenordnung von 100 ha stehen vor der Ausweisung. Die Anfragen beim Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung nach Gewerbegrundstücken im Umfeld des Flughafens Hahn steigen ebenfalls. Dies alles zeigt uns, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist der richtige Weg.

Der bald fertiggestellte Hochmoselübergang wird für weitere positive Impulse sorgen und den Flughafen Hahn infrastrukturell noch näher an das Zentrum Europas und den Fokus unserer Anrainerländer rücken.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf die finanziellen Auswirkungen des Verkaufs des Flughafens Hahn auf die angrenzenden Gemeinden und Regionen näher eingehen. Die mit dem Erhalt des Flughafens Hahn und den damit einhergehenden weiteren Ansiedlungen von Gewerbe fließenden Steuereinnahmen sind für die betroffenen Gemeinden von ganz immenser Bedeutung. Sie ermöglichen diesen, ihren Verpflichtungen nachzukommen und in eine für die Bewohner lebenswerte Infrastruktur zu investieren. Somit kommt der Erhalt des Flughafens Hahn zu guter Letzt nicht nur den dort arbeitenden Menschen, sondern allen in der Region ansässigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern zugute.

In der Gesamtschau der Umstände lässt sich also sagen, dass der Verkauf des landeseigenen Anteils am Flughafen Hahn an die HNA eine sorgfältig geprüfte und rechtssichere Perspektive für alle Betroffenen bietet. Vor diesem Hintergrund kann ich die Opposition nur auffordern, ihre Blockadehaltung und Schwarzmalerei aufzugeben und sich konstruktiv an dem weiteren Umsetzungsprozess zum Verkauf zu beteiligen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Wie beim ersten Mal auch!)

Reden Sie diese einmalige Chance nicht schlecht; denn Sie haben keine bessere.

(Abg. Christine Schneider, CDU:
Alternativlos!)

– Keine Alternative.

Herzlichen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster Redner ist der Abgeordnete Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Köbler, Ihnen steht noch eine Redezeit von sieben Minuten und 30 Sekunden zu.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nein, Frau Klöckner, Sie haben recht, es geht nicht um Glaube, Liebe, Hoffnung, sondern es geht um Verantwortung. Es geht bei diesem Gesetz um Verantwortung und darum, dass man Verantwortung in einem langen, sehr schwierigen Prozess mit sehr schwierigen Entscheidungen übernimmt, für die es so kleine Blaupause gibt. Ich glaube, wir sind das erste Land, das zumindest unter dem Regime der EU-Flughafenleitlinie einen Regionalflughafen privatisiert. In diesem Prozess sind viele schwierige Entscheidungen getroffen worden. In diesem Prozess sind bekanntermaßen auch Fehler gemacht worden. Aber am Ende geht es darum, Verantwortung für die Frage zu übernehmen, wie man mit dieser Landesbeteiligung und mit diesem Flughafen unter den gegebenen Rahmenbedingungen umgeht. Das ist die Entscheidung, vor der wir heute stehen.

Von dem, was Sie vorgetragen haben, war natürlich vieles, was nicht mit dem Gesetz zu tun hat, sondern mit dem Landesrechnungshofbericht, den wir dankenswerterweise Anfang der Woche zur Kenntnis genommen haben und den – ich denke, das kann ich für meine Fraktion, aber auch für die Koalition sagen –

(Abg. Christian Baldauf, CDU:
Unvorstellbar!)

wir sehr, sehr ernst nehmen und, weil wir ihn sehr ernst nehmen, hier jetzt nicht einfach

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, da müsst
Ihr mal Konsequenzen ziehen!)

– Herr Baldauf, hören Sie mir doch zu – in dieses Verkaufsgesetz mit reinmengen, so wie Sie es gemacht haben, sondern diesen Bericht sehr, sehr gründlich auswerten und nächste Woche hier im Parlament beginnen werden, den Bericht zu diskutieren und dann auch in den Ausschüssen bereit sind, entsprechende weitere Konsequenzen zu ziehen, wenn es darum geht, in Zukunft für das Controlling, das Management, die Steuerung und die Transparenz von Landesbeteiligungen Verbesserungen für das Parlament und die Öffentlichkeit zu erzielen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist ja
interessant!)

Das ist doch gar keine Frage.

Frau Klöckner, zur Verantwortung gehört eben auch, hier und heute über das zu debattieren, was heute zu debattieren ist. Das ist nicht Glaube, Liebe und Hoffnung, sondern das ist das Landesgesetz über die Veräußerung der FFHG und die Zukunft des Hahn. Darum geht es. Wer verantwortlich Politik macht, der sollte darüber reden, was heute zur Abstimmung steht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Dann ist suggeriert worden, die Koalition, die Regierung, würde sagen, es gebe keine Alternativen. Ich kann mich nur wiederholen, es gibt natürlich Alternativen. Die Alternative zur Veräußerung des Flughafens Hahn ist nicht die Nichtveräußerung des Flughafens Hahn, sondern zu glauben, man könnte den Flughafen Hahn wirtschaftlich als Landesunternehmen weiterführen. Ich glaube, niemand in diesem Hause hier, der seriös etwas artikuliert, wird diese Meinung vertreten. Wenn das nicht so ist, und wenn es unter dem EU-Beihilferechtssystem nicht mehr möglich ist, auf absehbare Zeit den Flughafenbetrieb mit Steuergeldern in zweistelliger Millionenhöhe jedes Jahr zu subventionieren, dann bleibt nur die Privatisierung unter den Bedingungen, die entsprechend da sind.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das macht
ihr doch mit 100 Millionen! Was sind denn
100 Millionen in zehn Jahren? Rechnen
kann er auch nicht!)

Das sind die Fakten, Frau Klöckner. In diesem Gesetz stehen vier Punkte:

Erstens: Veräußerung der Landesbeteiligung der FFHG. – Ob Sie damit grundsätzlich ein Problem haben, weiß ich nicht. Ich glaube, eigentlich nicht.

Zweitens: Veräußerung von Grundstücken im Umfeld des Hahn. – Auch dazu haben Sie keinen Kritikpunkt vorgebracht.

Drittens: Regelungen mit Altlastenproblematiken, wie das in solchen Konversionsprojekten üblich ist. – Auch dazu kein Kritikpunkt und kein Alternativvorschlag der Opposition.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Keine
Konzeption!)

Viertens: Grundsätzliche Regelung der Gewährung von Beihilfen für den Flugbetrieb im Rahmen der EU-Leitlinie, die uns vorgegeben ist. – Auch dazu keinen anderen Vorschlag. Ganz im Gegenteil, Sie vermengen dann wieder die Sachen – das ist mein Lieblingspunkt – mit dem Businessplan und tun so, als könnten wir per Gesetz als Landesgesetzgeber in einer Marktwirtschaft einem privaten Investor, wer auch immer das ist, auf Jahre vorschreiben, wie er mit seiner Unternehmung umzugehen hat.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das habt ihr
doch! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein, verabschieden Sie sich von dem Gedanken. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1940er-Jahre – Konrad Adenauer – in die Marktwirtschaft gegangen und haben nicht den Weg in den Sozialismus gewählt. Dann hören Sie doch auf, hier Dinge an die Wand zu malen, als könnte man einem privaten Unternehmen eines solchen Flughafens vorschreiben, wie es seine unternehmerischen Entscheidungen in der Zukunft zu treffen hat. Nein, das kann man nicht.

(Zurufe von CDU und AfD)

Aber, wir haben in diesem Gesetz eine Grundlage, nämlich die Grundlage für die Gewährung von Beihilfen. Wenn der Investor in der Zukunft noch Steuergelder bekommen will, solange das möglich ist, dann muss er sich im Rahmen dessen bewegen, was entsprechend vereinbart ist, das heißt, den Flugbetrieb aufrechtzuerhalten und dass die entsprechenden Menschen dort im Hunsrück eine Arbeit finden, sonst bekommt er keinen Euro Steuergeld. Jede Überweisung wird einzeln geprüft und notifiziert.

(Beifall der Abg. Frau Cornelia Willius-Senzer, FDP)

In diesem Sinne ist dieses Gesetz sogar in dem Sinne, was Sie hier anprangern. Es bietet eben gerade die Sicherheit, dass nicht ein Privater kommt, die Steuergelder nimmt und dann damit macht, was er will. Hier wird nämlich die Grundlage dafür gelegt, dass er das Geld nur bekommt, wenn es in der Region für die Menschen, für die Region in Rheinland-Pfalz im Hunsrück wieder investiert wird. Deswegen ist es auch an der Stelle ein gutes Gesetz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Herr Licht, ja wir haben auch Unterlagen bekommen, die geschwärzt waren. Das ist richtig.

(Zurufe von der CDU: Sie auch?)

Das bin ich aber auch gewohnt, wenn es sozusagen mit privaten Dritten darum geht, Dinge zu vereinbaren.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Beim Gesetz? –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ist das Gesetz geschwärzt? Ich habe eine Version des Gesetzes, da ist keine Stelle geschwärzt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es gehören Anlagen dazu, Kollege!)

In der Begründung ist auch nichts geschwärzt. Sie reden über Anlagen, von denen in der Anhörung ganz deutlich geworden ist, die nicht Bestandteil des Gesetzes und auch nicht direkt Bestandteil des Kaufvertrages sind und die zum Teil überhaupt keinen Einfluss haben durften auf ein diskriminierungsfreies Bieter- und Ausschreibungsverfahren.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das sieht der Rechnungshof anders!)

Ich kann verstehen, dass Sie diese Information gern gehabt hätten. Ich kann nur sagen, ich muss mich darauf beziehen, was im Gesetz steht und was ich heute beschließen. Wir sollen heute beschließen, diese Landesbeteiligung entsprechend zu veräußern.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Welcher Partei gehören Sie an?)

Da steht nicht, wir veräußern auf Basis eines geschwärzten Businessplans, den Herr Licht zwar eingesehen hat,

aber nicht ganz ansehen konnte,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Welcher Partei gehören Sie an?)

sondern da steht die Veräußerung an den entsprechenden Investor nach diesem Verfahren.

Meine Damen und Herren, noch einen Satz zu Businessplänen von Regionalflughäfen in Deutschland. Kennen Sie einen Businessplan eines Regionalflughafens in Deutschland, der irgendwie eine Halbwertzeit von mehr als drei oder vier Jahren hatte, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht? Ich nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Sie suggerieren hier also, Sie hätten, hätte es keine Schwärzung gegeben, eine Sicherheit für etwas haben können, was Sie so gar nicht haben können.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Ich glaube, das es auch nur wieder ein Scheinargument dafür ist, sich hier aus der Verantwortung zu stehlen.

Meine Damen und Herren, die Opposition hat konkret am Gesetz weder im Ausschuss noch heute hier irgendeine Änderung vorgetragen, irgendeinen Änderungsvorschlag gemacht oder konkret vorgeschlagen, was man beim Gesetz anders machen könnte. Dass man im Verfahren Dinge besser machen kann, hat uns der Rechnungshof gezeigt. Da haben Sie an manchen Punkten auch gute Fragen gestellt. Das hat aber nichts mit dem Gesetz über die Veräußerung der FFHG zu tun, über die wir heute beraten.

Frau Klöckner, bei aller Liebe,

(Glocke des Präsidenten)

im Ausschuss hatte ich ja noch den Glauben, dass sich die Opposition konstruktiv beteiligt. Den habe ich heute verloren. Aber die Hoffnung stirbt ja zuletzt.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Gesetzentwurf und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen über das „Landesgesetz zur Regelung der im Zusammenhang mit der Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes Rheinland-Pfalz an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH stehenden Angelegenheiten und der Erstattung von Kosten aus nichtwirtschaftlicher Tätigkeit an Flughäfen in Rheinland-Pfalz“ – Drucksache 17/2512 – ab. Wer diesem Gesetzentwurf der Landesregierung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Wer enthält sich? – Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD, der FDP

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 29. Sitzung, 26.04.2017

und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der AfD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Wer enthält sich? – Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der AfD angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich bedanke mich bei Ihnen, wünsche einen schönen Tag und lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 3. Mai 2017, ein.

Ende der Sitzung: 13:01 Uhr